Forschungs- und Literaturbericht

Ralf Stremmel*

Die Gauwirtschaftsberater der NSDAP

The Gau Economic Advisers

(Gauwirtschaftsberater) of the NSDAP

Zum Profil von Funktionsträgern zwischen Partei und Wirtschaft

The Profile of Function Holders between Party and Economy

<https://doi.org/10.1515/jbwg-2021-0009>

Abstract: At least 129 Gau economic advisers of the NSDAP worked at the intersection of politics and economics, wielding a considerable amount of power. At the regional level, they were able to have a say in the success and existence of corporations. The article examines this group's organization and remit, as well as resources in power and capital. Along the lines of collective biographies, it covers the aspects of generation, origin, socioeconomic status, fluctuation, and entry into the Nazi party. While no homogenous type of Gau economic adviser or a pattern of action could be identified, the final part of the article outlines common aspects and presents five ideal types of Gau economic advisers.

JEL-Codes: N 440

Keywords: NSDAP, History of National Socialism, History of Government, Gauwirtschaftsberater, Biography, Kollektivbiographie

1 Einleitung

„Wir Gauwirtschaftsberater, fast ausschließlich aus der Wirtschaft kommend,“ schreibt Hans Kehrl rückblickend, „sahen in der Verwirklichung eines ‚deutschen Sozialismus‘ das innenpolitische Hauptziel unserer Partei.“ Die meisten seien

*Corresponding author: Ralf Stremmel, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Geschichtswissenschaften / Historisches Institut, Universitätsstraße 150, D-44780 Bochum, E-mail: ralf.stremmel@ruhr-uni-bochum.de

„jung und optimistisch“ gewesen, und es habe „ein gewisser Korpsgeist“ geherrscht. Mehr noch: „In den Jahren 1936 bis 1939 fühlten wir uns auch als innerparteiliche Opposition“.¹

Kehrl, Textilfabrikant, einige Jahre Gauwirtschaftsberater in der Kurmark, danach in der Vierjahresplanbehörde tätig und schließlich im Wirtschafts- und im Rüstungsministerium einer der einflussreichsten Organisatoren der nationalsozialistischen Rüstungs- und Kriegswirtschaft,² zielte retrospektiv auf Legitimation und Idealisierung. Doch wo und inwieweit spiegelt seine Erinnerung auch historische Wirklichkeit wider? Gab es überhaupt eine kollektive Identität der Gauwirtschaftsberater? Wurzelten die Wirtschaftsberater alle in einem ähnlichen sozioökonomischen Milieu, teilten sie politische Zielvorstellungen und handelten sie gleichgerichtet? Diesen Fragen wird im Folgenden nachgegangen. Darüber hinaus soll eine These aufgegriffen werden, die Henry Ashby Turner bereits vor über 30 Jahren formulierte. Demnach seien besonders kleine und mittlere industrielle Unternehmer anfällig für den Nationalsozialismus gewesen, und der NSDAP sei „ein tiefer Einbruch“³ in diese Schicht gelungen. Während Turners bekanntere erste These – die Großunternehmer hätten kaum zum Aufstieg der NSDAP beigetragen und sie finanziell allenfalls marginal unterstützt – mittlerweile durch zahlreiche Studien als bestätigt gelten kann,⁴ ist seine zweite Behauptung in der Forschung bislang kaum diskutiert worden.⁵ Immerhin ein Indiz für die vermutete, starke Affinität des industriellen Mittelstandes zum Nationalsozialismus könnte das Korps der Gauwirtschaftsberater liefern.

Dieser Beitrag verfolgt hauptsächlich eine aktorsbezogene Perspektive und zielt am Ende auf eine kollektivbiographische Analyse, verknüpft mit individualbiographischen Fallbeispielen. Ferner möchte die Studie Bausteine zu einem

1 H. Kehrl, *Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf 1973, S. 40 (die beiden letzten Zitate) und S. 41 (die ersten Zitate).

2 Siehe R.-D. Müller, *Der Manager der Kriegswirtschaft*. Hans Kehrl: Ein Unternehmer in der Politik des „Dritten Reiches“, Essen 1999.

3 H.A. Turner jr., *Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers*, Berlin 1985, S. 409; ausführlicher S. 244-256.

4 Siehe T. Schanetzky, „Kanonen statt Butter“. *Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich*, München 2015, S. 30-37; L. Gall/M. Pohl (Hg.), *Unternehmen im Nationalsozialismus*, München 1998.

5 Jüngst aber mit wenigen Beispielen rekapituliert bei P. Longerich, *Hitler. Biographie*, München 2015, S. 249. Entschieden kritisch zu Turners Behauptung H. Berghoff/C. Rauh-Kühne, Fritz K. *Ein deutsches Leben im zwanzigsten Jahrhundert*, Stuttgart 2000, S. 47. Es gibt nur wenige systematische Ansätze, das Verhalten dieser Unternehmer im „Dritten Reich“ zu analysieren, insbes. P. Bräutigam, *Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs*, München 1997.

besseren Verständnis der Mittelinstanzen und zum Herrschaftsalltag im NS-Staat liefern. Über die „Führer der Provinz“⁶ weiß man noch immer wenig, und die Personen, die in den NSDAP-Gauen und -Kreisen das alltägliche Leben entscheidend mitbestimmten, verblissen zumeist im Dunkel der Geschichte. Kollektivbiographische Untersuchungen sind nach wie vor rar.⁷ Überhaupt sind die Regionen als politische und ökonomische Handlungs- beziehungsweise Herrschaftsebenen noch zu wenig beachtet worden.⁸

Die Quellenlage ist unbefriedigend. Generell sind bloß wenige Registraturen der mittleren Parteiebene greifbar. Eine umfassende Überlieferung eines Gauwirtschaftsberaters ist bislang lediglich für Westfalen-Süd bekannt.⁹ Für biographische Angaben sind eine Fülle weit verstreuter Quellen heranzuziehen, angefangen von zeitgenössischen Lexika, Handbüchern und Zeitschriften¹⁰ über

6 Der gleichnamige Sammelband markierte den Auftakt zu einer intensiveren Erforschung der regionalen Mittelinstanz der NSDAP: *M. Kißener/J. Scholtyseck (Hg.)*, Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997.

7 Das beklagt etwa *J. John*, Die Gauen im NS-System, in: *J. John/H. Möller/T. Schaarschmidt (Hg.)*, Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007, S. 22-55, hier S. 23. Vor allem sind Kreisleiter gruppenbiographisch analysiert worden. Siehe beispielsweise: *C. Arbogast*, Herrschaftsinstanzen der württembergischen NSDAP. Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite 1920-1960, München 1998; *W. Stelbrink*, Die Kreisleiter der NSDAP in Westfalen und Lippe. Versuch einer Kollektivbiographie mit biographischem Anhang, Münster 2003; *S. Lehmann*, Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007; *C. Müller-Botsch*, „Den richtigen Mann an die richtige Stelle“. Biographien und politisches Handeln von unteren NSDAP-Funktionären, Frankfurt a.M. 2009 (betrachtet nur einzelne Lebensläufe auf Ebene der Ortsgruppe). Generell siehe *J. Koll*, Biographik und NS-Forschung, in: *Neue Politische Literatur* 58/1, 2012, S. 67-127. Zu theoretischen Herangehensweisen siehe *T. Etzemüller*, Die Form „Biographie“ als Modus der Geschichtsschreibung. Überlegungen zum Thema Biographie und Nationalsozialismus, in: *M. Ruck/K.H. Pohl (Hg.)*, Regionen im Nationalsozialismus. Bielefeld 2003, S. 71-90.

8 Siehe zu den Forschungsdesiderata und Ansätzen, sie zu überwinden, zuletzt *John*, NS-Gaue; *B. Gotto*, Polykratische Selbststabilisierung. Mittel- und Unterinstanzen in der NS-Diktatur, in: *R. Hachtmann/W. Süß (Hg.)*, Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur, Göttingen 2006, S. 28-50; *Ruck/Pohl*, Regionen. Ältere Überblicke bei *H. Möller/A. Wirsching/W. Ziegler (Hg.)*, Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996; *U. von Hehl*, Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Probleme einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 56, 1993, S. 111-129.

9 Heute im Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen.

10 Von 1934 bis 1939 erschien seitens der Kommission für Wirtschaftspolitik eine „Vertrauliche Zeitung für die Gauwirtschaftsberater ...“; von 1941 bis Ende 1944 gab die Partei-Kanzlei in unregelmäßiger Folge ein hektographiertes Mitteilungsblatt namens „Der Gauwirtschaftsberater“ heraus.

Personenstandsunterlagen in Kommunalarchiven bis hin zu Akten und Mitgliederkarteien der NSDAP sowie den Spruchkammer- beziehungsweise Entnazifizierungsverfahren, die allerdings angesichts der damaligen Rechtfertigungsbemühungen und *Persilscheine* nur mit großer quellenkritischer Vorsicht ausgewertet werden können. Auf all diesen Quellen beruhen die quantifizierenden Angaben in diesem Aufsatz.

Aus der diffizilen Quellsituation folgen gravierende Forschungslücken. Sofern überhaupt neuere Darstellungen über NSDAP-Gaue oder -Gauleiter vorliegen, behandeln diese das Amt des Gauwirtschaftsberaters allenfalls am Rande.¹¹ Nur vereinzelt sind Gauwirtschaftsberater bislang biographisch porträtiert worden, zudem meist mit Schwerpunkt auf anderen Aspekten der Person.¹² Die wegweisende Pionierstudie von Gerhard Kratzsch¹³ – im Übrigen die einzige Monographie, die überhaupt eines der bis zu 20 Gauämter ausleuchtet¹⁴ – stützt sich hauptsächlich auf die Akten des Gauwirtschaftsberaters von Westfalen-

¹¹ Siehe etwa *M. Fleischhauer*, *Der NS-Gau Thüringen 1939-1945. Eine Struktur- und Funktionsgeschichte*, Köln 2010; *R. Meindl*, *Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie*, Osnabrück 2007; *H.-J. Priamus*, *Meyer. Zwischen Kaisertröue und NS-Täterschaft. Biographische Konturen eines deutschen Bürgers*, Essen 2011.

¹² Detaillierter nur *A. Bald*, *Gauleitung und Wirtschaft im NS-Gau Bayerische Ostmark/Bayreuth: Erich Köhler als Präsident der IHK Oberfranken in Bayreuth (1933-1942) sowie als „Arisierungs“-Kommissar der Rosenthal AG und der Gauwirtschaftsberater Dr. Ludwig Linhardt (1933-1939)*, in: *Arisierungen und NS-Kulturpolitik in der fränkischen Provinz, Bayreuth 2012*, S. 11-77; *H. Brüchert*, *Wilhelm Avieny – Gau-Wirtschaftsberater, Wehrwirtschaftsführer und Nutznießer des NS-Regimes*, in: *Mainzer Geschichtsblätter 15*, 2014, S. 97-121; *M. Buddrus*, *Hennecke von Plessen (1894-1968). Gutsbesitzer, Gauwirtschaftsberater, Geheimdienstoffizier, Gefangener, Grubenholzvertreter, Geschäftsführungsgehilfe. Biographie eines mecklenburgischen Adligen, Schwerin 2015*; *R. Sandgruber*, *Dr. Walter Schieber. Eine nationalsozialistische Karriere zwischen Wirtschaft, Bürokratie und SS*, in: *R. Kramer/C. Kühberger/F. Schausberger (Hg.)*, *Der forschende Blick. Beiträge zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Festschrift für Ernst Hanisch zum 70. Geburtstag*, Wien 2010, S. 247-276; *R. Stremmel*, *Paul Hoffmann – Gauwirtschaftsberater der NSDAP. Spuren eines gewöhnlichen Parteifunktionärs*, in: *Geschichte im Westen 27*, 2012, S. 91-123.

¹³ Siehe *G. Kratzsch*, *Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung - „Arisierung“ - Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Eine Studie zur Herrschaftspraxis im totalitären Staat*, Münster 1989; *Ders.*, *Das wirtschaftspolitische Gauamt: der Gauwirtschaftsberater*, in: *John u.a. (Hg.)*, *NS-Gaue*, S. 218-233.

¹⁴ Siehe *A. Nolzen*, *Die Gaue als Verwaltungseinheiten der NSDAP. Entwicklungen und Tendenzen in der NS-Zeit*, in: *John*, *NS-Gaue*, S. 199-217, hier S. 205 (der gesamte „Funktionärsapparat der NSDAP auf Gauebene“ sei noch „terra incognita“). Siehe aber *H. Roser/P. Spear*, „Der Beamte gehört dem Staat und der Partei.“ Die Gauämter für Beamte und für Kommunalpolitik in Baden und Württemberg im polykratischen Herrschaftsgefüge des NS-Regimes, in: *C. Rauh-Kühne/M. Ruck (Hg.)*, *Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930-1952*, München 1993, S. 71-102.

Süd, sodass sie, abgesehen von gelegentlichen Unschärfen,¹⁵ naturgemäß an Grenzen stößt. So bleibt unklar, inwieweit die Verhältnisse in Westfalen-Süd auf die übrigen Gaue zu übertragen sind, und das biographische Profil anderer Gauwirtschaftsberater klammert Kratzsch aus. Dagegen bietet Frank Bajohr in seiner Arbeit über die „Arisierung“ in Hamburg ein Modell an: Als Gauwirtschaftsberater hätten junge, ideologisch fixierte, ehrgeizige und akademisch qualifizierte Aufsteiger aus dem Kleinbürgertum amtiert.¹⁶ Bajohr betont jedoch, empirische Vergleichsstudien seien erforderlich, um zu prüfen, ob dieses Schema verallgemeinert werden könne.

Die Gesamtzahl der Gauwirtschaftsberater ist wegen der äußerst lückenhaften Quellenüberlieferung nicht exakt zu beziffern. 129 Personen, immerhin 80 Prozent mehr als bisher bekannt,¹⁷ sind namentlich zu identifizieren, davon 19 in jenen Gebieten, die sich das Deutsche Reich nach 1937 angliederte. Übersichtslisten liegen für die Jahre 1931, 1933, 1934, 1940 und 1942 vor.¹⁸ Diese bilden auch die Ausgangspunkte für die weiter unten folgende quantitative Analyse.¹⁹

15 So ist z.B. die „Geburt“ der Gauwirtschaftsberater nicht erst Ende 1932/Anfang 1933 anzusetzen, wie Kratzsch meint (S. 14-15 bzw. im Aufsatz S. 218). Dazu s. u.

16 Siehe F. Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg 1997, hier bes. S. 175. Auch in neueren Lokalstudien über „Arisierungen“ gerieten die Gauwirtschaftsberater immer wieder, aber eben nur selektiv, in den Blick, z.B. M. Janetzko, Die „Arisierung“ mittelständischer jüdischer Unternehmen in Bayern 1933-1939. Ein interregionaler Vergleich, Ansbach 2012; C. Biggeleben/B. Schreiber/K.J.L. Steiner (Hg.), „Arisierung“ in Berlin, Berlin 2007; W. Selig, „Arisierung“ in München. Die Vernichtung jüdischer Existenz 1937-1939, Berlin 2004. Zusammenfassend zur Position der Gauwirtschaftsberater C. Kopper, Wer waren die Hauptprofiteure der „Arisierungen“? Zu neuen Forschungen über eine alte Kontroverse, in: H. Berghoff/J. Kocka/D. Ziegler (Hg.), Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs. Im Gedenken an Gerald D. Feldman, München 2010, S. 298-315, hier S. 307-309.

17 Bislang galten 72 Gauwirtschaftsberater als bekannt, siehe Buddrus, Plessen, S. 20. Der Wikipedia-Artikel nennt 69 Namen (zuletzt eingesehen 15.3.2021).

18 Liste ca. Mai 1931: Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch), NS 22/10, fol. 94-97; Liste April/Mai 1933 als Anlage in einem Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 20.5.1933, in: Historisches Archiv Krupp, FAH 4 E 214; Liste vom 1.10.1934 in: BArch R 3101/34785 (identische Liste aus anderer Quelle mit kleineren Übertragungsfehlern abgedruckt bei Kratzsch: Gauwirtschaftsapparat, S. 531-534); Liste Mai 1940 als Anlage zu einem Schreiben von Gauwirtschaftsberater Pleiger, 21.5.1940, in: Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen, Gauwirtschaftsberater Westfalen-Süd Nr. 696 (mit kleineren Übertragungsfehlern abgedruckt bei Kratzsch, Gauwirtschaftsapparat, S. 535-536); Liste 1942 in der Zeitschrift „Der Gauwirtschaftsberater“, Anlage zu Folge 54 vom 13.6.1942, in: BArch, NSD 3/17. Siehe außerdem die Aufstellungen bei M. Rademacher, Handbuch der NSDAP-Gaue 1928-1945, Vechta 2000.

19 Herangezogen werden in der Regel die Listen für 1931, 1934, 1940 und 1942. In diesen Jahren amtierten insgesamt 83 Gauwirtschaftsberater (einschließlich der kommissarischen und

2 Strukturen

2.1 Organisation

Bereits Ende der 1920er Jahre bemühten sich Parteigenossen in einigen Gauleitungen, meist in Industrieregionen, um Fragen der Wirtschaftspolitik, ohne dass sie indes ein formelles Amt innegehabt hätten.²⁰ Die Institutionalisierung von Gauwirtschaftsberatern resultierte aus dem starken Mitgliederwachstum und den Wahlerfolgen der NSDAP seit 1930. Nun stand die Partei vor der Herausforderung, fachliche Kompetenz erwerben und Regierungsfähigkeit beweisen zu müssen. Mit Beginn des Jahres 1931 entstand im Bereich des Reichsorganisationsleiters II eine neue „Wirtschaftspolitische Abteilung“, seit Juli 1932 als „Hauptabteilung IV“ firmierend.²¹ An deren Spitze rückte Otto Wagener, ein mittelständischer Industrieller und Ex-Offizier, zeitweise auch Stabschef der SA.²² Unverzüglich ergriff er die Initiative, in den Regionen ökonomische Expertise zu rekrutieren, und bat die Gauleiter, „wirtschaftspolitische Referenten“ zu benennen – im Einverständnis mit seiner Abteilung.²³ Diese kurz darauf „Gauwirtschaftsreferenten“, später „Gauwirtschaftsberater“ genannten Parteigenossen sollten einen Stab von Fachleuten heranziehen und als Unterbau Kreiswirtschaftsberater in den NSDAP-Kreisen²⁴ benennen.

Nur unter großen Mühen gelang es der Partei, versierte Kandidaten für das neue Amt des Gauwirtschaftsberaters zu finden: Anfang Mai 1931 gab es in fast

geschäftsführenden). Berücksichtigung finden nur die Gauwirtschaftsberater im „Altreich“, da die Informationen über die Amtsträger in den annektierten Gebieten keine sicheren Aussagen zulassen.

20 Beispielsweise datierte Heinrich Hunke in Berlin sein Engagement auf 1929 zurück, siehe seine Broschüre aus der Tätigkeit des Gauwirtschaftsberaters des Gau Berlin der NSDAP von 1932-1937, in: Historisches Archiv Krupp, WA 78/1380. Auch der spätere Essener Gauwirtschaftsberater Paul Hoffmann gehörte schon 1929/30 zu den Beratern von Gauleiter Terboven, s. *Stremmel*, Hoffmann, S. 94. Die drei folgenden Absätze im Text rekapitulieren und ergänzen meine Forschungsergebnisse in diesem Aufsatz, S. 93-96.

21 Zur Organisation der Reichsleitung siehe *A. Tyrell*, Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der ‚Kampfzeit‘ der NSDAP, Düsseldorf 1969, S. 358-370, sowie die Organisationsbücher der NSDAP.

22 Siehe *H.A. Turner jr. (Hg.)*, Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932, Frankfurt a.M. 1978.

23 Anordnung Nr. 2 der Wirtschaftspolitischen Abteilung, 4.3.1931, in: BArch, NS 22/10.

24 Als Beispiel siehe *M. Neigenfind*, Die Kreiswirtschaftsberater der NSDAP - Zuständigkeiten, Aufgabenverständnis und wirtschaftslenkende Maßnahmen in Arnberg, Brilon und Meschede, in: Westfälische Forschungen 53, 2003, S. 379-409.

der Hälfte der Gauen immer noch keine Wirtschaftsberater.²⁵ Da die Funktion ehrenamtlich war, blieb sie materiell unattraktiv. Zudem empfanden die Gauleiter die Gauwirtschaftsberater als Bedrohung ihrer Hegemonie vor Ort, als Einfallstor der NSDAP-Zentrale. Schließlich drohte ein Zielkonflikt, denn einerseits suchte die Partei nach Wirtschaftsexperten, andererseits äußerte sie sich unternehmerkritisch. „Auf keinen Fall“ wollte Wagener den Anschein erwecken, die NSDAP lasse sich „in erhöhtem Umfang von Unternehmern, Arbeitsgebern [sic] oder sonstigen leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaft“ beraten.²⁶

Die Gauwirtschaftsberater auf sich einzuschwören – über die Köpfe der Gauleiter hinweg – und ihnen Korpsgeist einzuimpfen, gelang Wagener nicht. Auch wenn er im internen Ränkespiel der NSDAP-Führung den Kürzeren zog und im Herbst 1932 aus dem Amt schied, die von ihm geschaffene Position des Gauwirtschaftsberaters überlebte ihn. Und noch ein Zweites überdauerte: Der – auch für andere Gauämter charakteristische – Dualismus zwischen der dienstlich-disziplinarischen Unterordnung der Gauwirtschaftsberater unter den Gauleiter und der fachlichen Anbindung an die NSDAP-Zentrale.²⁷ Seit Dezember 1932 waren die Gauwirtschaftsberater dort an eine neue „Kommission für Wirtschaftspolitik“²⁸ beim „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, angebunden. Dieser Dualismus bot immer wieder Anlass zu Kompetenzstreit und Unsicherheit, öffnete durchsetzungsstarken Figuren aber zugleich Spielraum für Aktion und Intervention.

Die „Kommission für Wirtschaftspolitik“ wollte zwar Denkfabrik und Schulungszentrum sein, war realiter aber nichts als eine Wortschmiede. In der Partei nahm man sie kaum ernst. Mit dem Tod ihres Leiters Bernhard Köhler verlor sie im April 1939 ihren Kopf und wurde aufgelöst. Ihre Funktion ging direkt auf den Stab des „Stellvertreters des Führers“ über,²⁹ dann auf die Partei-Kanzlei, deren

²⁵ Siehe Anordnung Nr. 3 der Wirtschaftspolitischen Abteilung vom 6.5.1931, in: BArch, NS 22/10. Eine wenig später entstandene, aber undatierte Liste zeigt dann jedoch, dass die Positionen in 28 von 37 Gauen (im „Altreich“ plus Danzig und Saar) besetzt waren, s. ebda.

²⁶ Anordnung Nr. 2 der Wirtschaftspolitischen Abteilung, 4.3.1931, in: BArch, NS 22/10.

²⁷ Nochmals festgezurret in einer Verfügung des „Stellvertreters des Führers“, 28.8.1933, in: BArch Berlin, NS 6/215. Ähnlich noch Organisationsbuch der NSDAP, München 1943, S. 336a.

²⁸ Zur Kommission für Wirtschaftspolitik siehe auch eine Nachkriegsaussage von Walter Eppenauer, dem ehemaligen persönlichen Referenten Bernhard Köhlers, 16.5.1947, in: Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1060-Jg. 1948-2094.

²⁹ Siehe Anordnungen Nr. 150/39 vom 31.7.1939 und Nr. 162/39 vom 24.8.1939 des „Stellvertreters des Führers“, in: BArch, NS 6/329.

Leiter Martin Bormann in seiner Strategie, die Parteizentrale zu stärken,³⁰ auch die Gauwirtschaftsberater enger an sich zu binden suchte. Zudem wollte er sie aus Verflechtungen mit der Wirtschaft lösen und ideologisch aktivieren, das heißt wieder zu einem politischen Schwert der Partei machen. Dabei lebten alte sozialrevolutionäre Konzepte wieder auf: Bormann ließ 1941 einen „Bankenausschuss“ der Gauwirtschaftsberater bilden, der gegen die privaten Großbanken vorgehen sollte.³¹ Im Zuge der Gründung von Gauwirtschaftskammern, einer neuen regionalen Dachorganisation für die Wirtschaft, setzte Bormann eine Trennung der Ämter in den Kammern und der Partei weitestgehend durch.³² 1943 untersagte die Partei-Kanzlei dann den Gauwirtschaftsberatern auch Aufsichtsratsmandate, was aber nicht konsequent umgesetzt wurde.³³ Die Gauwirtschaftsberater sollten „völlig unabhängig von wirtschaftlichen Einflüssen“ sein,³⁴ stattdessen die weltanschauliche Erziehung vorantreiben und die Wirtschaftspolitik steuern. Noch in einem der letzten Durchhalteappelle im März 1945 zog Bormann die Gauwirtschaftsberater explizit als Beispiel dafür heran, dass die Hoheitsträger der Partei einen in erster Linie politischen Auftrag hätten.³⁵

30 Siehe P. Longerich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormanns, in: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes. Regesten, Bd. 3, München 1992, S. 1*-283*. A. Nolzen, Die Dienststelle des Stellvertreters des Führers/Partei-Kanzlei als Verwaltungsbehörde der NSDAP: Struktur, Organisationskultur und Entscheidungspraxis, in: S. Haas/M. Hengerer (Hg.), Im Schatten der Macht. Kommunikationskulturen in Politik und Verwaltung 1600-1950, Frankfurt a.M. 2008, S. 221-251.

31 Siehe dazu J. Bähr, „Bankenrationalisierung“ und Großbankenfrage. Der Konflikt um die Ordnung des deutschen Kreditgewerbes während des Zweiten Weltkrieges, in: H. Wixforth (Hg.), Finanzinstitutionen in Mitteleuropa während des Nationalsozialismus, Stuttgart 2000, S. 71-93, hier S. 80-85. C. Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im „Dritten Reich“ 1933-1939, Bonn 1995, S. 349-353.

32 Im Konflikt mit Gauleiter Hofer setzte Bormann z.B. durch, dass Hans Georg Bilgeri (Gau Tirol-Vorarlberg) auf das Amt als Kammerpräsident verzichtete, in: BArch, R 3101 Nr. 9871. Einen Sonderfall stellen Heinrich Hunke (Berlin) und Hans Buchner (München) dar, die offenbar – aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen – jeweils beide Ämter in Partei und Handelskammer behielten.

33 Siehe Rundschreiben Nr. 121/42 des Leiters der Partei-Kanzlei, 7.8.1942, in: BArch, NS 6/338. Wilhelm Avieny, Gauwirtschaftsberater Hessen-Nassau, saß aber 1944 immer noch in 24 Aufsichts- und Beiräten, siehe Urteil Spruchkammer Frankfurt a.M. gegen Avieny, 21.9.1949, S. 130, in: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520 Frankfurt-Zentral Nr. 6152.

34 Rundschreiben Nr. 121/42 des Leiters der Partei-Kanzlei, 7.8.1942, in: BArch, NS 6/338. Außerdem Bormann an Reichswirtschaftsminister Funk, 27.5.1942, in: BArch, R 3101 Nr. 9330.

35 Siehe Anordnung Nr. 155/45 des Leiters der Partei-Kanzlei, 21.3.1945, in: BArch, NS 6/353.

Im Sinne einer festeren Anbindung der Gauwirtschaftsberater an die Parteizentrale hatte der Reichsschatzmeister 1941 auch die Finanzierung der Dienststellen übernommen, und zwar mit zwei bis drei hauptamtlichen Sachbearbeitern, der entsprechenden Anzahl von Schreibkräften und den Sachkosten.³⁶ Ein Muster-Stellenplan für das Amt des Gauwirtschaftsberaters listete Anfang 1943 – auf dem Papier! – immerhin neun hauptamtliche Positionen auf,³⁷ wohingegen der Berater selbst jedoch weiterhin ehrenamtlich arbeiten sollte.³⁸ In der Regel verfügten die Ämter bereits Ende der dreißiger Jahre über zwei bis sechs³⁹ von der Partei bezahlte oder, wie noch zu schildern sein wird, über Dritte finanzierte Angestellte, was im Vergleich zu anderen Gauämtern nicht wenig war. Gelang es nicht, einen festen Stab aufzubauen, lag das an Indolenz und Interessenlosigkeit der Gauwirtschaftsberater oder an der agrarischen Struktur ihrer Gaue, zum Beispiel in Schleswig-Holstein.⁴⁰

2.2 Aufgaben und Tätigkeiten

Da den Gauwirtschaftsberatern anfangs nur geringe Finanzmittel – geschweige denn durchschlagende Machtmittel – zur Verfügung standen, blieb ihnen bis 1933 primär die Propaganda auf Veranstaltungen, durch Vorträge und Artikel. Dabei sollte die bisherige „liberalistische“ Wirtschaftsordnung als überholt

36 Siehe Rundschreiben Nr. 140/41 der Partei-Kanzlei, 3.11.1941, in: BArch, NS 6/335. Die flächendeckende Durchführung wurde jedoch wegen des Arbeitskräftemangels durch den Krieg noch nicht angeordnet.

37 Siehe Anlage zum Mitteilungsblatt „Der Gauwirtschaftsberater“, Nr. 18/43 vom 20.3.1943, in: BArch, NSD 3/51.

38 Siehe den Fall des Gauwirtschaftsberaters Wilhelm Bösing, Gau Westmark: Schreiben der Gauleitung an NSDAP-Reichsschatzmeister, 3.8.1943, in: BArch, ehem. Document Center, PK/A 425. Hier konnte der Gau dann doch eine Konstruktion finden und durchsetzen, die eine hauptamtliche Dienststellung ermöglichte, siehe *F. Maier*, Biographisches Organisationshandbuch der NSDAP und ihrer Gliederungen im Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz, Mainz 2007, S. 150.

39 In Pommern z.B. ein Geschäftsführer, ein Sachbearbeiter, eine Sekretärin, zwei Stenotypistinnen, eine Bürogehilfin, siehe Gauleiter Schwede-Coburg an Staatssekretär Landfried, Reichswirtschaftsministerium, 17.8.1939, in: BArch, R 3101 Nr. 9746.

40 Der dortige Gauwirtschaftsberater Albert Malzahn, von 1932 bis 1940 im Amt, verfügte nach eigenen Angaben vom 12.1.1947 nur über zwei ehrenamtliche Mitarbeiter, siehe BArch Koblenz, Z 42 III/2045. Das wird bestätigt auch durch Angaben seines Nachfolgers Heinz Behrens, 5.12.1947, in: BArch Koblenz, Z 42 V/574. Die Werftindustrie fiel direkt unter die Verantwortung der Rüstungsbehörden in Berlin.

entlarvt werden.⁴¹ Ferner sollten die Gauwirtschaftsberater ökonomisch relevante Informationen beschaffen, bündeln und weiterleiten, mithin die Transaktionskosten für die NSDAP-Reichsleitung senken. Beispielsweise erstellten sie regelmäßig Monatsberichte.⁴² Vor Ort knüpften sie Informationsnetze und schufen Kommunikationsforen, auch als Werkzeug politischer Indoktrination.

Einige Gauwirtschaftsberater publizierten sogar in größerem Stil. Heinrich Hunke gab seit 1931 in Berlin den Wirtschaftsdienst „Die deutsche Volkswirtschaft“ heraus, Josef Klein seit 1932 im Rheinland die „Braune Wirtschaftspost“. Werner Daitz (Mecklenburg) skizzierte ein Konzept zur Großraumwirtschaft,⁴³ und sein Münchener Kollege Alfred Pfaff schrieb über „Wege zur Brechung der Zinsknechtschaft“⁴⁴ und anderes mehr. In solchen Veröffentlichungen beschworen die Gauwirtschaftsberater – oft schwammig – eine ideale, „gerechte“ Wirtschaft, in der partikuläre Interessen überwunden beziehungsweise Kapital und Arbeit versöhnt waren, der Antagonismus von Unternehmern und Beschäftigten aufgelöst war und „Gemeinschaft“ herrschte. Häufig propagierten sie einen Mittelstandssozialismus, positionierten sich also im programmatischen Gezerre um die NSDAP-Wirtschaftspolitik⁴⁵ mit einer betont antikapitalistischen und besonders gegen Großkonzerne gerichteten Attitüde. Das prägte auch einen weiteren Kernpunkt ihrer Vorstellungen, nämlich den „ständischen“ Aufbau der Wirtschaft, damals ein breit diskutiertes Konzept.⁴⁶

Doch weit ausholende praktische Initiativen wie etwa in Ostpreußen zur Verbesserung der ökonomischen Infrastruktur⁴⁷ blieben die Ausnahme. Überwiegend traten die Gauwirtschaftsberater bis zur „Machtergreifung“ nach außen wenig in Erscheinung und blieben in einigen Gauen regelrecht Phantome. Das

⁴¹ Siehe Rundschreiben der Wirtschaftspolitischen Abteilung an die Gauleiter und Gauwirtschaftsreferenten, 19.9.1931, in: BArch, NS 22/10; Otto Wagener an Gauwirtschaftsberater Wilhelm Bösing, 1.10.1931, in: BArch, NS 22/448.

⁴² Teils greifbar in der „Vertraulichen Zeitung“ (wie Anm. 10).

⁴³ Siehe W. Daitz, Die nationalsozialistische Ostraumpolitik und der Hansa-Kanal. Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungs-Programm, Berlin 1932.

⁴⁴ Siehe A. Pfaff, Wege zur Brechung der Zinsknechtschaft, München 1932.

⁴⁵ Siehe A. Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, erweiterte Neuauflage, Frankfurt a.M. 1988, v.a. S. 34-57. Zu den parteiinternen Querelen um die Wirtschaftspolitik s. auch BArch, NS 22/447 und NS 22/448.

⁴⁶ Einflussreich besonders die Ansätze von O. Spann, Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft, Leipzig 1921, und W. Heinrich, Das Ständewesen mit besonderer Berücksichtigung der Selbstverwaltung der Wirtschaft, Jena 1932.

⁴⁷ Dort entwickelte der Gauwirtschaftsberater Hans Bernhard von Grünberg mit anderen 1932 ein umfassendes Projekt zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes, siehe Meindl, Gauleiter, S. 113-116; C. Rohrer, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006, S. 212 und S. 224.

Amt des Gauwirtschaftsberaters war häufig eine Leerstelle und nur selten ein Aktionszentrum. Das hing einerseits mit der unzulänglichen Ausstattung der Ämter zusammen, andererseits mit mangelnder Abkömmlichkeit, denn nur wenige Gauwirtschaftsberater waren zeitlich überhaupt imstande, sich so aktiv wie Pfaff einzusetzen, der sich – wohlhabend geworden – aus dem Geschäftsleben zurückgezogen hatte. Ein dritter Faktor war, dass es manchem schwer fiel, sich unterzuordnen. Obwohl sie selbst in aller Regel über ökonomische Sachkenntnis verfügten, sollten sie alte Parteigenossen, insbesondere die Gauleiter, „niemals“ über Wirtschaftsthemen belehren, denn die Erfahrung zeige, dass jemand, „der seit Jahren nationalsozialistisch denkt und arbeitet, geradezu mit geschlossenen Augen bei der Bearbeitung selbst der schwierigsten wirtschaftspolitischen Fragen das Richtige trifft“.⁴⁸ In einem solchen Kontext stieß fachliche Tätigkeit auf unüberwindliche Barrieren.

Mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten dehnten sich die Handlungsoptionen der Gauwirtschaftsberater immens aus. Statt nur zu reden und zu publizieren, konnten sie jetzt über das Schicksal von Unternehmen (mit-)entscheiden und in die Wirtschaft hineinregieren. Die bereits im Frühjahr 1933 einsetzenden Gleichschaltungen eröffneten den Gauwirtschaftsberatern das erste wirkliche Aktionsfeld. An exponierter Stelle trugen sie dazu bei, die alten Führungsspitzen von Arbeitgeberorganisationen abzulösen, teils unter verbalen Drohungen, teils mit offener Gewalt. Gauwirtschaftsberater schickten Kommis-sare in die Handels- und die Handwerkskammern – meist handelte es sich um Personen aus ihrem Stab – und lösten dann die alten Präsidien, teils auch die Geschäftsführungen endgültig ab, indem sie Neuwahlen durchsetzten und Einfluss auf die Wahllisten nahmen. „Wir lassen es uns keineswegs gefallen, dass man uns bei dieser Wahl wieder die Systembetreuer vorsetzt. Es ist auf die beteiligten Kreise ein entsprechender Druck auszuüben, ob sie wollen oder nicht.“ Nur „100%ige Nationalsozialisten“ sollten aufgestellt werden.⁴⁹ Rund einem Dutzend Gauwirtschaftsberatern gelang es, selbst an die Spitze von Handels- oder Handwerkskammern zu rücken und sich so eine effektive regionale Machtposition zu verschaffen. 1935 sanktionierte auch die Justiz weitgehende Ein-

⁴⁸ Otto Wagener an Gauwirtschaftsberater Friedrich von Gregory zu dessen Konflikt mit Gauleiter Kube, 1. 12.1931, in: BArch, NS 22/11.

⁴⁹ Gauwirtschaftsberater Christian Franke (Westfalen-Nord) in einem Rundschreiben an Kreisleiter und Kreiskampfbundführer, 22.4.1933, in: Landesarchiv NRW, Abt. Ostwestfalen-Lippe, L 113 Nr. 23.

griffe der Gauwirtschaftsberater in Industrieverbände, mit der Begründung, der Gauwirtschaftsberater trage und erhalte als Institution der NSDAP den Staat.⁵⁰

Per Gesetz schaltete der NS-Staat die Gauwirtschaftsberater in seine dirigistischen Lenkungsmaßnahmen ein.⁵¹ Sie waren beteiligt an der Verteilung von Devisen und öffentlichen Aufträgen, der Erschließung neuer Rohstoffvorkommen, an der Vermittlung von Krediten, an Preisüberwachung und Gewinnabschöpfung, Aufrüstungsmaßnahmen und der Lenkung von Arbeitskräften. In der Geschäftsstelle des Berliner Gauwirtschaftsberaters wurden nach eigenen Angaben Jahr für Jahr 3.000 bis 4.000 „schwierigste wirtschaftliche Fälle geprüft und erledigt“.⁵² Typisch erscheint die Vergabe öffentlicher Aufträge: Eigentlich waren die sogenannten „Ausgleichsstellen“ den Wirtschaftskammern zugeordnet, aber in den Gremien saßen auch die Gauwirtschaftsberater – und ohne ihre Bescheinigung politischer Zuverlässigkeit besaßen interessierte Firmen kaum Chancen auf öffentliche Aufträge.⁵³ In Berlin ging es allein im Jahr 1936 um 224 Mio. Reichsmark.⁵⁴ Diese Unbedenklichkeitszeugnisse waren in den Händen der Gauwirtschaftsberater ein äußerst schlagkräftiges Herrschaftsinstrument.

Durch Infrastruktur- oder Industrieansiedlungsprojekte hofften viele Gauwirtschaftsberater, *ihre* Wirtschaftslandschaft zu modernisieren, wobei es noch eine Aufgabe weiterer Forschung wäre, zu ermitteln, welche Pläne und Konzepte tatsächlich realisiert wurden. Die Ansiedlung eines Siemens-Werkes in der strukturschwachen, kleinbäuerlich geprägten Rhön scheint jedenfalls maßgeblich dem Wirken von Gauwirtschaftsberater Kurt Hasslinger geschuldet gewesen zu sein,⁵⁵ und im Gau Trier legte der Wirtschaftsberater 1935 eine umfas-

50 Siehe Entscheidungen des Landgerichts Hagen und Oberlandesgerichts Hamm, in: Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Köln, 20-960-8 (hier insbes. National-Zeitung vom 12.10.1935) und 30-791-1 (hier insbes. Frankfurter Zeitung vom 21.3.1936); Historisches Archiv Krupp, WA 77/1819 (hier insbes. Völkischer Beobachter vom 26.11.1935). Konkreter Hintergrund war eine Intervention von Gauwirtschaftsberater Paul Pleiger (Westfalen-Süd).

51 Zum Tableau der konkreten Tätigkeit anhand von Einzelfallbeschreibungen, bezogen auf den Gau Westfalen-Süd, siehe *Kratzsch*, Gauwirtschaftsapparat.

52 *Hunke*, Aus der Tätigkeit, S. 24.

53 Siehe *R. Stremmel*, Kammern der gewerblichen Wirtschaft im „Dritten Reich“. Allgemeine Entwicklungen und das Fallbeispiel Westfalen-Lippe, Dortmund 2005, S. 487-490.

54 Siehe *Hunke*, Aus der Tätigkeit, S. 27.

55 Siehe Broschüre von *K. Hasslinger*, Die Förderung des Rhön-Aufbaues durch die Industrieverlagerung der Siemens-Schuckert-Werke, Würzburg 1936; *D.P. Silverman*, Hitler's economy. Nazi work creation programs, 1933-1936, Harvard 1998, S. 111-114; *T. Zöller*, Meine Rhön. Beiträge zur Entwicklung der Rhön, der unterfränkischen Landwirtschaft und der Bodenkulturstelle Nordwestbayern Mellrichstadt, Bd. 1, Ostheim v. d. Rhön 2004, S. 67-68. Zu industrieller Infrastrukturpolitik von Gauleitungen auch *J. John*, Rüstungswirtschaftlicher Strukturwandel

sende Denkschrift zur Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse vor.⁵⁶ Kernpunkte dieser Initiativen waren die Ansiedlung neuer Industrien und der Ausbau der Verkehrswege. Einige Gauwirtschaftsberater forcierten den Strukturwandel auch überregional, indem sie Führungspositionen in staatlich gelenkten beziehungsweise initiierten Großunternehmen wie den Reichswerken Hermann Göring oder den Zellwolle-Aktiengesellschaften übernahmen.⁵⁷

Neben und über alldem betonten die Gauwirtschaftsberater ihre Kernaufgabe, das nationalsozialistische Gedankengut zu vertreten, die Wirtschaft auf den NS-Staat auszurichten, anders: die Wirtschaft auf den Nationalsozialismus einzuschwören, im Sprachgebrauch der Zeit „Menschenführung“ zu betreiben, das „Gewissen der Wirtschaft“⁵⁸ zu sein und „den jüdisch-liberalistischen Geist in der Wirtschaft“⁵⁹ zu brechen. Kurz: Es ging um Ordnungspolitik, um den Primat der Politik und auch um soziale Kontrolle. Auf die etablierten Unternehmer blickten die Wirtschaftsberater oft mit Verachtung, denn ihnen fehle es „an der Bereitschaft zur Tat“ und deshalb sei „die Wirtschaft nicht fähig, von sich aus allein eine dem Willen des Führers und den großen Aufgaben der Zeit entsprechende Haltung einzunehmen.“⁶⁰ Im Herbst 1937 resümierte der „Völkische Beobachter“ zutreffend, die Gauwirtschaftsberater seien aus dem „wirtschaftlichen und politischen Leben nicht mehr wegzudenken“,⁶¹ im Frühjahr 1938 redeten viele von ihnen zur bevorstehenden Reichstagswahl und zum „Anschluss“ Österreichs.⁶²

Ein kräftiger Hebel, um die Wirtschaftsstruktur der Gaue nachhaltig zu beeinflussen, waren wenig später die „Arisierungen“, in welche die Gauwirtschaftsberater zentral eingebunden waren, teils auf gesetzlicher Grundlage, teils auf Basis einer Selbstermächtigung via Partei und Gauleiter. Nur in Einzelfällen

und nationalsozialistische Regionalpolitik, in: *D. Heiden/G. Mai (Hg.), Nationalsozialismus in Thüringen*, Weimar 1995, S. 213-245, hier S. 229-230.

56 Siehe Denkschrift von Nikolaus Simmer, 22.3.1935, in: BArch Berlin, R 43-II/193.

57 Beispielsweise Paul Pleiger, Otto Eberhardt und Walther Schieber.

58 Gauwirtschaftsberater Christian Franke (Westfalen-Nord), in: *Die wirtschaftspolitische Parole* 6, 1941, S. 61. Allgemein zu den Aufgaben der Erziehung und Menschenführung: *Organisationsbuch der NSDAP*, München 1943, S. 336; „Die Aufgaben der Kommission für Wirtschaftspolitik. Die Stellung der Gauwirtschaftsberater in Partei und Staat“, in: *National-Zeitung* vom 3.8.1935.

59 *Hunke*, Aus der Tätigkeit, S. 7.

60 Gauwirtschaftsberater Pleiger an stellv. Gauleiter Stürtz, 24.6.1936, in: Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen, Gauwirtschaftsberater Westfalen-Süd Nr. 775.

61 „Aus der Tätigkeit des Gauwirtschaftsberaters“, in: *Völkischer Beobachter* vom 27.10.1937.

62 Siehe „Die wirtschaftspolitische Parole“, H. 7/1938, S. 224 und H. 8/1938, S. 254-255.

standen sie außerhalb des Prozesses⁶³ oder ließen sich durch andere regionale Wirtschaftsfunktionäre an den Rand drängen.⁶⁴ Ansonsten sieht die Regionalforschung in ihnen zu Recht meist Schlüsselfiguren. Sie verhandelten mit Kaufinteressenten, brachten auch selbst potenzielle Erwerber ins Spiel, setzten die jüdischen Unternehmer unter Druck und wirkten darauf hin, den Verkaufspreis herunterzuschrauben. Der Gauwirtschaftsberater in Süd-Westfalen meinte, im Unterschied zu staatlichen Institutionen habe bloß sein Amt „Initiative und Tatkraft“ aufbringen können, und fuhr zynisch fort: „Eine Parteidienststelle verfügt erfahrungsgemäß über die verschiedensten moralischen Machtmittel, die gerade in der Frage der Arisierung oft recht wirkungsvoll eingesetzt werden können.“⁶⁵ Vor allem anderen entschieden die Gauwirtschaftsberater darüber, welches Unternehmen überhaupt veräußert oder aber liquidiert werden sollte. Letzteres überwog,⁶⁶ wobei ein Hauptargument für die Schließung „Übersetzung“ lautete, und damit beeinflussten die Gauwirtschaftsberater speziell im Einzelhandel und im Handwerk die ökonomischen Strukturen und den Wettbewerb nachhaltig. In Österreich erhoffte sich Walter Rafelsberger dadurch sogar eine schnellere Eingliederung in den großdeutschen Wirtschaftsraum.⁶⁷

In Thüringen koordinierte Gauwirtschaftsberater Otto Eberhardt die „Arisierungen“ und sorgte als zentrale Instanz dafür, dass Geldabgaben der „arischen“ Käufer auf den Konten der NSDAP landeten, zum Zweck eines Pensionsfonds für alte Kämpfer.⁶⁸ Andere Gauwirtschaftsberater lenkten Geld direkt auf die eigenen Konten um.⁶⁹ Erstmals verfügten sie über Chancen zur massiven Selbst-

⁶³ Ein Fall wie Hennecke von Plessen (siehe *Buddrus*, Plessen, S. 33) blieb eine Ausnahme.

⁶⁴ In Oberfranken dominierte der IHK-Präsident Erich Köhler gegenüber dem Gauwirtschaftsberater, siehe *Bald*, Gauleitung, v.a. S. 50-57; *F. Fichtl u.a.*, Vom Boykott zur Enteignung. Die Verdrängung der jüdischen Bamberger aus dem Wirtschaftsleben im Nationalsozialismus, in: Bericht. Historischer Verein Bamberg für die Pflege der Geschichte des ehemaligen Fürstbistums 132, 1996, S. 189-224, hier S. 197 und S. 204-206.

⁶⁵ Bericht des Gauwirtschaftsberaters Westfalen-Süd, unterzeichnet von H. Baller als Gauhauptstellenleiter, an den Gauleiter, 31.5.1938, in: Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen, Gauwirtschaftsberater Westfalen-Süd Nr. 676.

⁶⁶ Siehe etwa zu Bayern Tabellen bei *Janetzko*, „Arisierung“, S. 339-341; zu Westfalen-Lippe *Stremmel*, Kammern, S. 553.

⁶⁷ Siehe *E. Tálos u.a. (Hg.)*, NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 810.

⁶⁸ Siehe *M. Gibas (Hg.)*, Quellen zur Geschichte Thüringens. „Arisierung“ in Thüringen. Entrechtung, Enteignung und Vernichtung der jüdischen Bürger Thüringens 1933-1945, Erfurt 2006, S. 343-344. Außerdem zur Position von Eberhardt auch *John*, Strukturwandel, S. 229-230.

⁶⁹ Über diesen Vorwurf stürzte Otto Strobl (Franken), siehe BArch, R 3101/9665.

bereicherung, und mindestens neun Gauwirtschaftsberater⁷⁰ nutzten dieses Potenzial skrupellos, auch in immensem Umfang: Christian Franke (Westfalen-Nord) brachte sich ohne großes Eigenkapital, aber mit Unterstützung von Gauleiter und Parteikanzlei in den Besitz einer profitablen Holzfabrik mit 800 Mitarbeitern⁷¹ – er war im Verfahren gleichzeitig Begutachter und Käufer. Karl Eckardt (Hessen-Nassau) erpresste für sich die Position als Generaldirektor einer „arisierten“ Schuhfabrik und verdiente bis 1945 rund 2,4 Mio. Reichsmark.⁷² Wenige lehnten jeden persönlichen Vorteil ab,⁷³ ohne indes zu verhindern, dass sich Parteigenossen massiv bereicherten.

Im Zweiten Weltkrieg verstärkten sich die Kompetenzen nochmals. Gauwirtschaftsberater entschieden mit über die Stilllegung von Unternehmen oder das Auskämmen von Arbeitskräften und beeinflussten maßgeblich die ökonomischen Perspektiven von Firmen über die Zuteilung von Devisen, Aufträgen und Rohstoffen sowie über das Festlegen von Preisen. Die Parteikanzlei suchte aus München den politischen Druck auf die Regionen zu verstärken und mahnte hinsichtlich der Mobilisierung von Arbeitskräften für die Front und die Rüstungsindustrie 1943 die „strengste Handhabung der Vorschriften“ durch die Gauwirtschaftsberater an.⁷⁴ Nur selten entzogen sich diese den konfliktträchtigen Auskämm- und Stilllegungsaktionen soweit es eben ging,⁷⁵ meist wirkten sie tatkräftig mit und rissen oft das Verfahren an sich. Anstatt aber den Plan der Freisetzung von Arbeitern nach stringenter Sachlogik umzusetzen, achteten die Gauwirtschaftsberater einerseits auf die politische und soziale Einstellung

70 Erich Binder, Karl Eckardt, Christian Franke, Hermann Fromm, Heinrich Hunke, Julius Maier, Walter Rafelsberger, Otto Strobl, Otto Wolff.

71 Siehe *Stremmel*, Kammern, S. 546.

72 Siehe Urteil Zentralspruchkammer Hessen, 21.10.1952, in: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520 Frankfurt-Zentral Nr. 6763. Kurz zu Eckardts Handeln auch S. *Meinl/J. Zwilling*, Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen, Frankfurt a.M. 2004, S. 54-55 und S. 104.

73 So der Württemberger Walther Reihle, siehe *Berghoff/Rauh-Kühne*, Fritz K., S. 123.

74 Rundschreiben des Leiters der Partei-Kanzlei, 29.1.1943, in: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Mikrofiches Nr. 101-10696.

75 So Clemens Kentrup in Baden, siehe R. *Peter*, Rüstungspolitik in Baden. Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz in einer Grenzregion im Zweiten Weltkrieg, München 1995, S. 255. Dagegen aber die Situation in Westfalen (siehe *Kratzsch*, Gauwirtschaftsapparat, S. 353-393) oder Mecklenburg: Mecklenburg im Zweiten Weltkrieg. Die Tagungen des Gauleiters Friedrich Hildebrandt mit den NS-Führungsgremien des Gaues Mecklenburg 1939-1945. Eine Edition der Sitzungsprotokolle, eingel. und komm. von M. *Buddrus*, Bremen 2009, S. 586, 608 und 708. Zu den Hintergründen der Aktionen siehe L. *Herbst*, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945, Stuttgart 1982, bes. S. 200-231.

der betroffenen Unternehmer, brachten also ideologische Kriterien ein, und andererseits wollten sie die Wirtschaftsstruktur ihrer Region nicht dauerhaft schwächen. In Österreich zum Beispiel wehrte sich Wirtschaftsberater Bilgeri gegen Stilllegungen beziehungsweise Verlagerungen von Textilbetrieben.⁷⁶ All das bedeutete im Endergebnis ein hohes Maß an Willkür. Gleichwohl schworen die Gauwirtschaftsberater die Bevölkerung auf den totalen Krieg ein. Noch im Februar 1945 formulierten manche den Machtanspruch, „jederzeit einzugreifen, wenn es das Gemeinwohl“ (so wie sie es definierten!) erfordere.⁷⁷

Die Gauwirtschaftsberater pochten nach wie vor auf politischen Prärogativen bei wirtschaftlichen Entscheidungen, aber es scheint den Zentralinstanzen der NSDAP nicht gelungen zu sein, sie auf ein konsequentes Handeln nach den Vorgaben von oben zu verpflichten. In ihren Entscheidungen besaßen sie große Ermessensspielräume; eine strategische Linie verfolgten sie trotz jährlicher Treffen und Schulungen⁷⁸ nicht oder nicht konsequent, aber genau das ist ein Kennzeichen totalitärer Herrschaftspraxis. Mal wurden Pressionen auf NS-Gegner ausgeübt, mal nicht; mal wurden kriegsunwichtige Tante-Emma-Läden geschlossen, mal nicht; mal wurden staatliche Aufträge vermittelt, mal nicht. Da die Existenz von Firmen mehr als je zuvor von ihren Stellungnahmen abhängen konnte, entwickelten sich die Gauwirtschaftsberater für die Unternehmer zu Appellationsinstanzen, quasi zu Ombudsleuten.⁷⁹ Sie fungierten bis zuletzt als Scharnier zwischen Partei, Behörden und Unternehmen.

2.3 Macht- und Kapitalressourcen

Den Gauwirtschaftsberatern standen also seit 1933 Wege offen, erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft ihrer Gaue zu nehmen. Ihre Gutachten und Stellung-

⁷⁶ Siehe *H. Alexander/M. Gehler*, „Ich war überzeugter Nationalsozialist.“ Aspekte einer vergessenen Biographie: Dr. Hans Georg Bilgeri, in: *Österreich in Geschichte und Literatur* 37/3, 1993, S. 133-169, hier S. 160.

⁷⁷ Wilhelm Avieny, Gauwirtschaftsberater Hessen-Nassau, an Carl Härle, Thyssen & Co., 24.2.1945, zit. nach Urteil Spruchkammer Frankfurt a.M. gegen Avieny, 21.9.1949, S. 94, in: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520 Frankfurt-Zentral Nr. 6152.

⁷⁸ Die jährlichen „Großen Lehrgänge“ der Kommission für Wirtschaftspolitik standen im Prinzip allen Parteigenossen offen, siehe dazu die Zeitschriften „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik“ bzw. „Die wirtschaftspolitische Parole“, passim. Regionale Treffen wie jene der westdeutschen Gauwirtschaftsberater im Krieg fanden nur sporadisch statt, siehe „Die wirtschaftspolitische Parole“ 13, 1941, S. 403-404 und Anm. 143.

⁷⁹ Siehe beispielhaft die Aussagen von Unternehmern im Entnazifizierungsverfahren von Rudolf Braun (Kurhessen), in: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520 Kassel-Zentral Nr. 3415.

nahmen waren oft ein Präjudiz für die Entscheidungen der Behörden. Andererseits gab es eine grundsätzliche Barriere: Sie handelten und entschieden nie allein, sondern immer in komplexen Aushandlungsprozessen, in einem Geflecht divergierender Interessen, vor allem mit staatlichen Behörden und Organisationen der Wirtschaft, also mit Arbeitsämtern, der Vierjahresplanbehörde, Bezirksausgleichsstellen für öffentliche Aufträge, Landräten und Oberbürgermeistern, Rüstungskommissionen und -kommandos, Kammern, Wirtschafts- und Fachgruppen usw.⁸⁰ Die Großindustrie hielt die Gauwirtschaftsberater per se auf Distanz, da sie ihre Ansprechpartner in Vierjahresplanbehörde und besonders den Organen des Rüstungsministeriums hatte. Insofern kristallisiert sich zwar kein einheitliches, homogenes Muster des Verhaltens von Gauwirtschaftsberatern heraus, aber es lassen sich fünf unterschiedliche Typen identifizieren (Abschnitt 4).

Wieviel Macht sie vor Ort tatsächlich besaßen und ausübten, hing von mehreren Faktoren ab. Zunächst sind Persönlichkeit und Selbstverständnis zu erwähnen: Ohne den Willen zur Macht, ohne Durchsetzungsstärke, Initiativkraft, Improvisationstalent und Abkömmlichkeit blieben Gauwirtschaftsberater immer Schatteninstanzen. Wollten sie Wirtschaftsregenten sein, musste aber weiteres hinzukommen, nämlich ein engmaschiges Netzwerk in der Region, speziell ein fester, vertrauensvoller Kontakt zum Gauleiter und anderen Hoheitsträgern sowie die Akkumulation von Ämtern, etwa als Präsident einer Kammer. Derart und mit diesen Charaktermerkmalen eröffneten sich gerade in den polykratischen Strukturen des NS-Systems Handlungsspielräume und Wege, Herrschaft effizient auszuüben und die staatliche Ordnung zu stabilisieren.⁸¹ Gauwirtschaftsberater sind ein Beispiel dafür, wie systemische Effizienz trotz Polykratie entsteht, wie die gesellschaftlichen Subsysteme von Politik, Verwaltung und Wirtschaft quasi verschmelzen. Sie verfügten über das Potenzial, eine Koordinierungsfunktion auszuüben und die Wirtschaft für das Regime zu mobilisieren, weil sie ihre Macht auf drei Pfeiler stützen konnten: gesetzlich verankerte exekutive

80 Beispiele, aus Sicht der Kammern, bei *Stremmel*, Kammern, bes. S. 398-427 und 484-553. Außerdem die Analyse bei *Janetzko*, „Arisierung“, S. 300-315. *Kratzsch*, Gauwirtschaftsapparat, S. 47, spricht zu einseitig von einer „Vorentscheidung“, welche die Stellungnahmen der Gauwirtschaftsberater bedeutet hätten.

81 Dies deckt sich mit Ergebnissen der neueren Forschung zum Polykratie-Modell, siehe *S. Reichardt/W. Seibel* (Hg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 2011; *Hachtmann/Süß* (Hg.), *Hitlers Kommissare*; *R. Hachtmann*, Polykratie – Ein Schlüssel zur Analyse der NS-Herrschaftsstruktur? in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 1.6.2018, http://docupedia.de/zg/Hachtmann_polykratie_v1_de_2018, 4.1.2019.

Befugnisse,⁸² den ideologischen Auftrag der Partei und individuelle Selbstermächtigung. Ihre exklusive Fachkompetenz schützte sie meist vor lähmenden innerparteilichen Machtkämpfen und gab ihnen mehr Spielraum als anderen Gauamtsleitern. Wenn sie allerdings doch auf innerparteiliche Konkurrenten in der Region stießen, die über eigene Seilschaften verfügten, ergab sich ein teils langjähriger Kleinkrieg und ihre Position wurde geschwächt.⁸³ Ein „institutionelle[r] Nachrang“⁸⁴ konnte auch daraus resultieren, dass sie an mächtigen etablierten Wirtschaftsorganisationen in der Region, den Kammern oder Fachgruppen, nicht vorbeikamen. Die Gauämter für Beamte und für Kommunalpolitik in Südwestdeutschland hat die Forschung als „machtpolitisch bedeutungslose Fachressorts“⁸⁵ bezeichnet. Demgegenüber übten die Gauwirtschaftsberater im Durchschnitt ungleich stärkeren Einfluss aus, auch wenn sie über ihre engere Fachtätigkeit hinaus keineswegs zu den mächtigsten Nationalsozialisten im Gau gehörten und nur selten politische Weichen stellten.

Der anfängliche Ressourcenmangel endete für viele Gauwirtschaftsberater im Frühjahr 1933, als sie gut dotierte, aber wenig arbeitsaufwendige Ämter okkupierten. Mehr als zwei Drittel der 1934 amtierenden Gauwirtschaftsberater hatten ihre sozioökonomische Position signifikant und teils schlagartig verbessert. Nicht zuletzt gewannen sie Abkömmlichkeit. 41 Prozent erhielten eine hauptamtliche Funktion in öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Behörden, 14 Prozent rückten in den Vorstand eines größeren Unternehmens auf oder gründeten ein neues, und sieben Prozent fanden einen Broterwerb in der Partei.⁸⁶ Dieses Versorgungsposten-Muster findet sich auch auf anderen Funktionsebenen der NSDAP wieder.⁸⁷ In den Begriffen von Pierre Bourdieu:⁸⁸ Neben dem ökonomischen Kapital der Gauwirtschaftsberater erhöhte sich 1933/34 auch ihr soziales – im Sinne eines dauerhaften Geflechts von institutionellen Beziehungen zu

82 Etwa über die gesetzlichen Bestimmungen zu „Arisierungen“, Preisgestaltung, Bezirksausgleichsstellen, Kriegswirtschaft u.a.m.

83 So im Fall des württembergischen Gauwirtschaftsberaters Walther Reihle, der mit dem Unternehmer und IHK-Präsidenten Fritz Kiehn konkurrierte, siehe *Berghoff/Rauh-Kühne*, Fritz K., bes. S. 121-132. In Baden dominierte der Ministerpräsident Walter Köhler die Wirtschaftspolitik so stark, dass Gauwirtschaftsberater Clemens Kentrup kaum eigene Initiativen entfaltete; zu Köhler siehe insbes. *Peter*, Rüstungspolitik, z.B. S. 31, 44, 46, 50, 60 und 327.

84 *Bajohr*, „Arisierung“, S. 179.

85 *Roser/Spear*, Beamte, S. 100.

86 Bezogen auf eine Grundgesamtheit von 29 der 1934 amtierenden Gauwirtschaftsberater.

87 Siehe *Stelbrink*, Kreisleiter, S. 47-48; *Arbogast*, Herrschaftsinstanzen, S. 135-136.

88 Siehe zu den Begriffen *P. Bourdieu*, *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Schriften zu Politik & Kultur 1, Hamburg 1992, S. 49-79.

anderen gesellschaftlichen Akteuren beziehungsweise der Zugehörigkeit zu Gruppen, die ihnen bislang verschlossen waren. Denn 44,1 Prozent der Gauwirtschaftsberater von 1934 standen als Präsident oder Vorstandsmitglied ehrenamtlich an der Spitze von Handels- oder Handwerkskammern, und 23,5 Prozent bekleideten ein Mandat im Reichstag oder in einem Landtag.⁸⁹ Soziales Kapital konnten sie später auch als Mitglied staatlicher oder halb-staatlicher Lenkungsorgane in der Wirtschaft vergrößern. Der Sitz in einem Parlament implizierte wiederum ökonomisches Kapital in Form ansehnlicher Diäten, im Fall des Reichstags pro Jahr über 6.000 Reichsmark. Materiell lukrativ waren auch Aufsichtsratspositionen oder die Selbstbereicherung im Zuge der „Arisierungen“.

Im Fokus der Gauwirtschaftsberater standen naturgemäß die Institutionen der Wirtschaft. Im Stichjahr 1932 hatte keiner der Gauwirtschaftsberater, aber in den Stichjahren 1934, 1940 und 1942 jeweils etwas mehr als die Hälfte von ihnen eine führende Position in Wirtschaftsorganisationen inne,⁹⁰ meist als Präsident einer Industrie- und Handelskammer. Damit erhielten sie, auch wenn der Reichswirtschaftsminister als Aufsichtsbehörde hinhaltenden Widerstand leistete, Zugriff auf personelle und finanzielle Ressourcen, die sie ohne Bedenken in die Parteiarbeit investierten. In Pommern etwa zahlte die Handelskammer – Präsident war Gauwirtschaftsberater Erwin Fengler – zeitweise monatlich 1.000 Reichsmark an die Geschäftsstelle des Gauwirtschaftsberaters und hatte das Personal auf den eigenen Etat übernommen.⁹¹ Im Südwesten des Reiches übernahm Walther Reihle 1938 die Spitze des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes, trat als solcher aber „nur sporadisch“ auf, weil ihn seine Parteifunktion „in erster Linie in Anspruch nahm“.⁹²

Lediglich ihr inkorporiertes kulturelles Kapital, also Bildungsstand oder Kunstverständnis, mehrten die Gauwirtschaftsberater kaum. Was sie mehrten konnten, war das objektivierte kulturelle Kapital, etwa durch den Erwerb bürgerlicher Villen mit entsprechender Kunstausrüstung. Zusammengefasst: Das NS-Regime eröffnete den Gauwirtschaftsberatern ungeahnte Aufstiegshorizonte,

89 Bezogen auf eine Grundgesamtheit von 34 amtierenden Gauwirtschaftsberater. Doppelfunktionen sind möglich.

90 Als herausgehobene Funktion wurden Positionen als Mitglied der Geschäftsführung oder des Präsidiums eingestuft: 1934 waren es 52,9 % (18 Personen), 1940 51,6 % (16 Personen) und 1942 57,1 % (20 Personen).

91 Siehe die Debatten von 1938/39, in: BArch, R 3101 Nr. 9746, Nr. 9751 und Nr. 9875. In Baden organisierte Gauwirtschaftsberater Clemens Kentrup in der IHK Karlsruhe sein Büro und schöpfte Finanzmittel ab, siehe *Peter*, Rüstungspolitik, S. 50.

92 Aussage Goetz, Präsident Württembergischer Sparkassen- und Giroverband, 18.7.1949, in: Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 902/20 Bü 80828.

verhiess Macht, Wohlstand und auch Prestige. Ob es sich dabei um echtes symbolisches Kapital⁹³ handelte, das allgemeine gesellschaftliche Bekanntheit, Autorität und Anerkennung beinhaltete, oder nur um scheinbares, das sich im Kern auf den Parteiapparat reduzierte, wäre im Einzelfall zu prüfen. Die Karrieren bestimmter Gauwirtschaftsberater nach 1945 oder die Einheirat in die Elite des regionalen Wirtschaftsbürgertums⁹⁴ sind Indizien, dass es gelingen konnte, auch echtes symbolisches Kapital zu akquirieren.

2.4 Fluktuation

Die schnellste Zirkulation unter den Gauwirtschaftsberatern gab es in der Anfangszeit, also 1932 und 1933 mit insgesamt 32 Amtswechseln. Schließlich waren von den 27 Gauwirtschaftsberatern, die Mitte des Jahres 1931 nachzuweisen sind, im Oktober 1934 nur noch fünf im Amt. Ausschlaggebend waren mangelhafte Qualifikationen oder fehlendes Interesse mancher Amtsträger, parteiinterne Rivalitäten beziehungsweise politische Differenzen ebenso wie der Wechsel auf lukrativere oder prestigeträchtigere Positionen in Wirtschaft, Verwaltung oder Partei; in einigen Fällen auch der Neuzuschnitt von Gauen.

Besonders die (Neu-)Ausrichtung der NS-Wirtschaftspolitik nach der Regierungsübernahme stellte die Gauwirtschaftsberater vor einschneidende Entscheidungen. Die NSDAP schränkte zwar Verfügungsrechte von Unternehmern vielfach ein, schaffte aber ihre Eigentumsrechte nicht grundsätzlich ab und legte sozialrevolutionäre Ideen von Ständestaat und Mittelstandssozialismus, für die so viele Gauwirtschaftsberater gekämpft hatten, ad acta. Hitler stellte sich Anfang Juli 1933 öffentlich gegen weitere Eingriffe in die Wirtschaftsorganisationen und distanzierte sich ausdrücklich vom Ständemodell.⁹⁵ Die NS-Führung benötigte Stabilität und Planungssicherheit, wenn sie den angestrebten Pakt mit der (Groß-)Industrie nicht gefährden wollte, ohne den ihre Herrschaft im Innern nicht gefestigt, die konjunkturelle Erholung nicht beschleunigt und – mittelfristig – eine ideologische Rassen- und Außenpolitik nicht umgesetzt werden konnte.

⁹³ Dazu eher verstreute Definitionen und Gedanken von *P. Bourdieu*, *Meditationen*. Zur Kritik der scholastischen Vernunft, Frankfurt a.M. 2001, S. 310-311 und passim; *Ders.*, *Sozialer Sinn*. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a.M. 1993, S. 205-215; *Ders.*, *Praktische Vernunft*. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt a.M. 1998, S. 108-109.

⁹⁴ Heinrich Hunke wurde Ministerialdirigent, Armin Dadiou leitete renommierte Forschungsinstitute, Christian Franke heiratete eine Unternehmertochter.

⁹⁵ Siehe Rundschreiben DIHT an Mitgliedskammern, 13.7.1933, in: Westfälisches Wirtschaftsarchiv, K 1 Nr. 1675. Zum Vorhergehenden auch *Barkai*, *Wirtschaftssystem*, S. 110-131.

Passten sich die Gauwirtschaftsberater nun opportunistisch dem geänderten Kurs an, um Macht zu behalten und von neuen Optionen zu profitieren, oder blieben sie Übergangsfiguren, will sagen: Gaben sie auf und verloren ihr Amt, weil sie starr an bisherigen Überzeugungen festhielten?

Vier Wege standen ihnen offen: Rückzug ins Private und Abstieg in die Namenlosigkeit, Karriere in der Partei, Karriere in der Wirtschaft oder Kontinuität im Parteiamt. Das am besten dokumentierte Beispiel für einen Absteiger unter den sozialrevolutionären Gauwirtschaftsberatern ist der Hüttendirektor Ernst Arnold im Gau Westfalen-Süd, dessen fortgesetzte Tiraden gegen die Konzernherren, „diese an der Macht befindlichen Schädlinge“,⁹⁶ und dessen Ruf nach einer zweiten Welle der Revolution einen der Angegriffenen auf den Plan riefen: Walter Borbet, Vorstandsvorsitzender des Bochumer Vereins für Gusstahlfabrikation im Vereinigte Stahlwerke-Konzern. Nach dessen Interventionen im Preußischen Innenministerium und bei der Partei verlor Arnold seinen Posten. Auch anderswo mussten Gauwirtschaftsberater gehen, wenn sie Konflikte schürten, die den Interessen der Gauleiter und/oder der Unternehmer zuwiderliefen.⁹⁷

Konträre Fälle von Gauwirtschaftsberatern, die ihr Amt als Sprungbrett für eine fulminante Karriere im NS-Staat nutzten, sind ebenfalls anzutreffen. Paul Pleiger und Hans Kehrl managten schließlich an Schlüsselstellen die Kriegswirtschaft. Werner Daitz stieg 1933 zum Amtsleiter im Außenpolitischen Amt der NSDAP-Reichsleitung auf. Der Württemberger Karl Strölin wurde in Stuttgart Oberbürgermeister. Voraussetzung für solche Aufstiegswege war niemals allein das Amt als Gauwirtschaftsberater, sondern waren Kontakte in der Partei und rege publizistische Tätigkeiten. Man musste überregionales Profil gewinnen und sich für höhere Aufgaben empfehlen, aber dies gelang nur den wenigsten Gauwirtschaftsberatern. Die meisten blieben auf regionaler Ebene stecken, ob gewollt oder ungewollt. Immerhin garantierte ihnen das Amt in der Provinz, wie beschrieben, ökonomisches und soziales Kapital.

In den Jahren von 1934 bis 1940 pendelte sich die Fluktuation auf einem niedrigeren Niveau ein. Pro Jahr schied im Durchschnitt jeweils gut ein Zehntel der Gauwirtschaftsberater aus (insgesamt 24 Amtswechsel). Anschließend beschleunigte sich der Wandel wiederum mit insgesamt 15 Wechseln in der Zeit zwischen 1941 und 1943, wofür neben Bormanns Verbot der Doppeltätigkeit in

⁹⁶ Niederschrift über eine Tagung der DAF in Münster, 29.6.1933, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 77 Nr. 39. Zum hier geschilderten Konflikt s. ausführlicher *Stremmel*, Kammern, S. 113-114.

⁹⁷ Zu Heinrich Bichmann (Thüringen) siehe *John*, Strukturwandel, S. 220.

Partei und Wirtschaftsorganisationen auch Todesfälle und Einberufungen zur Wehrmacht verantwortlich waren.

Bis auf Emeran Amon in Düsseldorf und Heinrich Bornemann in Dortmund entschieden sich die vom Verbot der Doppelfunktion betroffenen Gauwirtschaftsberater 1943/44 gegen das Parteiamt beziehungsweise für die Organisation der Wirtschaft. Das heißt, sie blieben hauptamtlicher Geschäftsführer einer Gauwirtschaftskammer oder konzentrierten sich, falls sie ehrenamtlicher Präsident waren, auf ihre unternehmerische Arbeit. Mangels aussagekräftiger Quellen sind hinsichtlich ihrer Motive nur Plausibilitätsüberlegungen möglich. Offenbar spielte wiederum soziales und ökonomisches Kapital eine Rolle: Das Amt des Kammerpräsidenten versprach mehr Prestige, die Tätigkeit als Unternehmer eröffnete bessere Verdienstmöglichkeiten und Zukunftschancen. Die kriegswirtschaftlichen Aufgaben des Gauwirtschaftsberaters dagegen verhießen zwar Macht, bedeuteten aber auch eine Fülle von Konflikten und kräftezehrenden Debatten, und in Anbetracht der drohenden Kriegsniederlage schien es manchem wohl auch geraten, sich parteipolitisch weniger stark zu exponieren als zuvor.

Der stabile Kern der Gauwirtschaftsberater bestand aus 18 Personen, die acht oder mehr Jahre im Amt blieben. Vier davon bekleideten das Amt von Anfang 1931 bis Ende 1945: Wilhelm Bösing (Rheinpfalz/Saar-Pfalz/Westmark), Rudolf Braun (Kurhessen), Paul Hoffmann (Essen) und Heinrich Hunke (Berlin).⁹⁸ Grundvoraussetzung für lange Amtszeiten war Anpassungs-, sogar Wandlungsfähigkeit: Die eigenen weltanschaulichen Grundüberzeugungen mussten sich der herrschenden Politik und den Interessen der Gauleiter unterordnen. In fast allen Fällen kam hinzu, dass sich die Ambitionen der langjährigen Gauwirtschaftsberater a priori und bewusst auf die Region beschränkten: Dort knüpften sie ein Netzwerk, das ihren Einfluss absicherte und von dem sie ganz persönlich zu profitieren wussten, und dort festigten sie das Vertrauensverhältnis zum Gauleiter. Verloren sie den Rückhalt beim Gauleiter, verloren sie in aller Regel auch ihr Amt. So hatte Maximilian Hettmer, der in Oberschlesien – wie die Gestapo

98 Die restlichen 14 waren: Karl Eckardt (Hessen-Nassau) 1932-1942, Christian Franke (Westfalen-Nord) 1933-1942, Hermann Fromm (Weser-Ems) 1932-1945, Otto Jung (Schwaben) 1933-1943, Clemens Kentrup (Baden) 1933-1945, Ludwig Linhardt (Bayerische Ostmark) 1932-1943, Walde-mar Magunia (Ostpreußen) 1932-1945, Albert Malzahn (Schleswig-Holstein) 1932-1940, Eugen Möllney (Halle-Merseburg) 1935-1945, Carlo Otte (Hamburg) 1935-1945, Paul Pleiger (Westfalen-Süd) 1933-1945, Hennecke von Plessen (Mecklenburg) 1933-1943, Walther Reihle (Württemberg) 1936-1945 und Karl Georg Schmidt (Köln-Aachen) 1931-1940, wobei Otte, Pleiger und Plessen wegen anderer Aufgaben längere Zeit abwesend waren und das Amt de facto nicht oder nur sehr eingeschränkt ausübten.

schrieb – „als Konkursbetrüger größten Formats“ galt,⁹⁹ zwar mit Unterstützung seines Gauleiters Brückner das Amt des Präsidenten der Handelskammer Breslau okkupieren können, verlor dies aber ebenso wie sein Parteiamt, nachdem sein Protektor im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches inhaftiert und aus der NSDAP ausgeschlossen worden war. Ähnliches ist für Georg Lenk in Sachsen belegt.¹⁰⁰

Tab. 1: Gründe für das Ausscheiden aus dem Amt des Gauwirtschaftsberaters.

	Fälle absolut	Fälle in Prozent
politische Differenzen und parteiinterne Rivalitäten	13	27,1
Konzentration auf eine berufliche Position im öffentlichen Sektor (inklusive hauptamtlicher Funktion in Wirtschaftskammern)	12	25,0
Tod, Krankheit, Alter	8	16,7
Konzentration auf eine berufliche Position in privaten Unternehmen (teilweise verbunden mit einem Ehrenamt in Wirtschaftskammern)	7	14,5
Konzentration auf eine andere Parteifunktion	4	8,3
Kriminalität und Skandal	3	6,3
Einziehung zur Wehrmacht	1	2,1
feststellbare Fälle insgesamt	48	100

Die Dunkelziffer ist hoch. Analysiert wurden für die Tabelle die in den Stichjahren 1931, 1934, 1940 und 1942 (siehe Anm. 18 und 19) im „Altreich“ amtierenden Gauwirtschaftsberater, die ihr Amt bereits vor dem Ende des „Dritten Reiches“ verloren.

Politische Differenzen beziehungsweise parteiinterne Rivalitäten sowie die Konzentration auf den Beruf waren neben Tod, Krankheit oder Alter die wichtigsten Gründe für ein Ausscheiden aus dem Amt. Drei typische Fälle: Ludwig Linhardt schied als Gauwirtschaftsberater in der Bayerischen Ostmark aus, weil er den

99 Geheimes Staatspolizeiamt Berlin an Staatspolizeistelle Breslau, 11.1.1935, in: BArch Berlin, R 3101 Nr. 9444.

100 Siehe A. Wagner, Partei und Staat. Das Verhältnis von NSDAP und innerer Verwaltung im Freistaat Sachsen 1933-1945, in: C. Vollnhals (Hg.), Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002, S. 41-56, hier S. 51 und 55; T. Grosche, Georg Lenk. Wirtschaftsminister Sachsens, in: C. Pieper/M. Schmeitzner/G. Naser (Hg.), Braune Karrieren. Dresdner Täter und Akteure im Nationalsozialismus, Dresden 2012, S. 180-185. U. Heß, Sachsens Industrie in der Zeit des Nationalsozialismus. Ausgangspunkte, struktureller Wandel, Bilanz, in: W. Bramke/U. Heß (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert, Leipzig 1998, S. 53-88, hier S. 66-67.

Parteieinfluss auf die private Wirtschaft weniger weit ausdehnen wollte als Gauleiter Wächtler.¹⁰¹ Heinz Behrens legte seine Funktion als Gauwirtschaftsberater in Schleswig-Holstein nieder, als er beruflich zur Energieversorgung Ostland GmbH in Riga wechselte,¹⁰² und Landrat Nikolaus Simmer verzichtete 1935 auf sein Amt als Wirtschaftsberater im Gau Koblenz-Trier, nachdem ihn der Oberpräsident vor die Alternative gestellt hatte, sich auf eine seiner Funktionen zu beschränken.¹⁰³

In einigen Fällen stürzte ein Gauwirtschaftsberater über einen Skandal, der selbst für die NSDAP und vor dem Hintergrund weitverbreiteter Korruption im „Dritten Reich“¹⁰⁴ nicht mehr tragbar erschien bzw. von Parteirivalen ausgenutzt wurde. Georg Schaub hatte in Nürnberg als Präsident der dortigen Industrie- und Handelskammer Gelder für seine Firma abgezweigt. Als das bei einer Kassenprüfung aufflog, verlor er 1937 seine Ämter.¹⁰⁵ Veranlasst durch eine Denunziation hatte die Polizei in Sachsen festgestellt, dass Kurt Jainz mehrfach verurteilt und überschuldet war und einen schlechten Leumund hatte. Obgleich der Gauleiter sich für ihn einsetzte, war er als Gauwirtschaftsberater nicht zu halten.¹⁰⁶ Wie sich Karl Eckardt in Hessen-Nassau skrupellos bereicherte (siehe oben), bot Anlass für parteiinterne Konkurrenten, ihn bei der Gauleitung in Misskredit zu bringen und 1942 als Gauwirtschaftsberater zu stürzen.

3 Kollektivbiographische Aspekte

3.1 Parteimitgliedschaft

Nur 14 Prozent der Gauwirtschaftsberater traten der NSDAP erst nach der „Machtergreifung“ bei. Anders gewendet:¹⁰⁷ 86 Prozent waren schon davor zur Partei gestoßen, ein Viertel als „alte Kämpfer“ bereits vor 1929, also zu einer

101 Siehe Staatsarchiv München, Spruchkammern, K 1061. In den Spruchkammerverfahren hatten die Beschuldigten natürlich ein hohes Eigeninteresse, Konflikte mit den Gauleitern hervorzuheben. Im vorliegenden Fall sind die Differenzen aber nicht nur durch Zeugenaussagen, sondern auch durch zeitgenössische Briefe hinreichend belegt. Siehe auch *Bald*, Gauleitung, S. 67-68.

102 Siehe BArch Koblenz, Z 42 V/574.

103 Siehe *Maier*, Organisationshandbuch, S. 443.

104 Siehe *F. Bajohr*, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt a.M. 2004.

105 Siehe BArch, R 3101/9664; *Janetzko*, „Arisierung“, S. 162. Ähnlich erging es Nachfolger Otto Strobl.

106 Siehe BArch, ehem. Document Center, R 9361-I/47200, sowie BArch, NS 22/11.

107 Siehe Tabelle 2.

Zeit, als die NSDAP weder Renommee noch Geld verhieß, und die öffentlichen Äußerungen der Gauwirtschaftsberater jener Zeit¹⁰⁸ signalisieren, dass sie die Parteimitgliedschaft weniger aus egoistischem Nutzenkalkül, sondern aus weltanschaulichen Gründen wählten: weil Rassismus, Antikapitalismus und Chauvinismus zu ihren Glaubensgewissheiten gehörten. Ohne Zweifel waren die Gauwirtschaftsberater ideologisch überzeugte Nationalsozialisten und in der Regel keine Opportunisten, die sich nur deshalb um ein Parteiamt bemühten, weil sie nach Einfluss und Reichtum gestrebt hätten. Ihre Mentalität war von den sogenannten „Kampfjahren“ geprägt, und das hieß, sie suchten nicht den Kompromiss, sondern wollten ihre Interessen knallhart durchsetzen.

Tab. 2: Parteieintritt der Gauwirtschaftsberater in die NSDAP.

	1931 amtie- rende Gauwi.- berater	1934 amtie- rende Gauwi.- berater	1940 amtie- rende Gauwi.- berater	1942 amtie- rende Gauwi.- berater	Gesamt- zahl der Fälle in den vier Stich- jahren	Anteil an allen Fällen
Parteieintritt bis einschl. 1925	26,9 %	21,2 %	20,7 %	14,7 %	16	20,3 %
Parteieintritt 1926- 1929	34,6 %	18,2 %	13,8 %	14,7 %	12	15,2 %
Parteieintritt 1930	23,1 %	6,1 %	6,9 %	8,8 %	10	12,7 %
Parteieintritt 1931	15,4 %	30,3 %	31,0 %	32,4 %	23	29,1 %
Parteieintritt 1932 bis 30.1.1933		18,2 %	6,9 %	5,9 %	7	8,9 %
Parteieintritt nach 30.1.1933		6,1 %	20,7 %	23,5 %	11	13,9 %
Anzahl der feststell- baren Fälle	26	33	29	34	79	
Anzahl der nicht zu ermittelnden Fälle	1	1	2	1	4	

Zu den Stichjahren siehe Anm. 18 und 19. Sollten Personen aus- und wieder eingetreten sein, ist jeweils der erste Parteieintritt berücksichtigt worden.

108 Zu Alfred Pfaff siehe BArch, NS 22/10, zu Paul Hoffmann *Stremmel*, Hoffmann, S. 102-103, zu Hennecke von Plessen *Buddrus*, Plessen, S. 18-19.

Bis zum Ende des „Dritten Reiches“ dominierten diese in der Wolle gefärbten Nationalsozialisten unter den Wirtschaftsberatern, obwohl sich das Gewicht der „Spätberufenen“ allmählich verstärkte. Letztere stellten im Zweiten Weltkrieg über ein Fünftel der Gauwirtschaftsberater, doch zahlenmäßig blieb diese Gruppe immer noch kleiner als jene der „alten Kämpfer“.

3.2 Generationen

Über Selbstbeschreibungen wie im einleitenden Zitat von Hans Kehr hinaus kann der Generationenbegriff als analytische Kategorie zum besseren Verständnis der Gauwirtschaftsberater dienen. Anknüpfend an Überlegungen von Karl Mannheim aus den 1920er Jahren¹⁰⁹ hat die Forschung wiederholt versucht, geschichtsmächtige „Generationseinheiten“ aufzuspüren, also Gruppen, die einer Alters- und Erfahrungsgemeinschaft angehören, ähnlich denken, gleichgerichtet und kollektiv handeln.¹¹⁰ Für die Zeit des Nationalsozialismus sind dabei besonders die nach 1900 geborenen Männer in den Blick geraten, die neben sachlicher Kälte eine betont militante Aversion gegen die bürgerliche Gesellschaft und die Demokratie charakterisierte.¹¹¹ Die Generationenforschung geht allgemein davon aus, dass jeweils im Alter zwischen ca. 16 und 25 Jahren Schlüsselerfahrungen liegen.

Die Gauwirtschaftsberater waren vergleichsweise junge, aber nicht sehr junge Männer. Ihr Durchschnittsalter lag anfänglich bei 39 Jahren, und die Spanne betrug gut 30 Jahre: Der jüngste – der diplomierte Landwirt Berengar Elsner von Gronow im Gau Weser-Ems – war erst 27 Jahre alt, der älteste – der Privatier Alfred Pfaff in München-Oberbayern – bereits 59. Im Verlauf des „Dritten Reichs“ stieg das Durchschnittsalter dann auf 45 Jahre an, blieb also in Relation zu Führungspersönlichkeiten der Wirtschaft, die im Schnitt deutlich über 50 Jahre alt

109 Siehe K. Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Ders., Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Eingel. und hg. von K.H. Wolff, Neuwied a.Rh. 1970, S. 509-565 (ursprgl. 1928).

110 Als Überblick zur Generationenforschung siehe U. Jureit, Generation, Generationalität, Generationenforschung, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.8.2017, http://docupedia.de/zg/Jureit_generation_v2_de_2017, 4.1.2019. Zu Konzepten und Resultaten vgl. J. Reulecke/E. Müller-Luckner (Hg.), Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003; H. Fegt, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982; D.J.K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987.

111 Siehe U. Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, Bonn 1996, S. 42-45; M. Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

waren,¹¹² immer noch ausgesprochen niedrig. Sowohl das Durchschnittsalter als auch sein Ansteigen entsprachen den Verhältnissen, wie sie reichsweit für die NSDAP-Kreisleiter, auch für die Gauleiter analysiert worden sind.¹¹³ Die Mehrzahl, ab 1934 waren es rund zwei Drittel der Gauwirtschaftsberater, entstammte in allen Stichjahren der Frontgeneration, das heißt einer Alterskohorte, deren Geburt zwischen 1882 und 1900 lag und von der die Forschung annimmt,¹¹⁴ sie sei der Welt des Kaiserreichs überdrüssig gewesen und habe nach einer neuen sozialen und politischen Ordnung gesucht. Weltkrieg und Revolution enttäuschten ihre Hoffnungen, und die Republik empfand diese Generation als Niedergang, ja sie fühlte sich existentiell bedroht und verklärte die Vergangenheit, insbesondere das Gemeinschaftserlebnis in den Schützengräben. Der Anteil jener Gauwirtschaftsberater, die im Ersten Weltkrieg militärische Erfahrungen gemacht hatten (61,8 Prozent),¹¹⁵ entsprach in etwa dem Anteil der Frontgeneration.

Den überwiegenden Rest der Gauwirtschaftsberater stellte die nachfolgende, noch jüngere Alterskohorte, welche sich als „überflüssige“ oder „verlorene“ Generation betrachtete.¹¹⁶ Zu jung für den Fronteinsatz, hatte sie den Krieg für ein Abenteuer ebenso wie für eine verpasste Chance gehalten, und die anschließenden Krisenjahre als permanente Desillusionierung wahrgenommen. Man teilte also Verlusterfahrungen der Frontkämpfergeneration und stellte sich an deren Seite, doch schreibt man der „überflüssigen Generation“ ein besonderes Maß an Kühle, Härte und Sachlichkeit zu. Sie sei, so der Zeitgenosse Sebastian Haffner, die „eigentliche Generation des Nazismus“ gewesen.¹¹⁷

112 Siehe H. Joly, Kontinuität und Diskontinuität der industriellen Elite nach 1945, in: D. Ziegler (Hg.), Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 54-72, hier S. 62 und 71.

113 Siehe W. Ziegler, Gaue und Gauleiter im Dritten Reich, in: Möller u.a. (Hg.), Nationalsozialismus, S. 139-159, hier S. 146 (Durchschnittsalter 1933: 40 Jahre, danach ansteigend); Stelbrink, Kreisleiter, S. 71-72. Das Durchschnittsalter der westfälischen Kreisleiter lag 1933 bei 38 Jahren und stieg bis 1944 auf 43 Jahre.

114 Siehe Fogt, Generationen, S. 126-133; J. Reulecke, Generationen und Biografien im 20. Jahrhundert, in: B. Strauß/M. Geyer (Hg.), Psychotherapie in Zeiten der Veränderung. Historische, kulturelle und gesellschaftliche Hintergründe einer Profession, Wiesbaden 2000, S. 26-40, hier S. 33-36; Peukert, Republik, S. 27 und 30.

115 Analysiert wurden die in den Stichjahren 1931, 1934, 1940 und 1942 (siehe Anm. 18 und 19) im „Altreich“ amtierenden Gauwirtschaftsberater, insgesamt 76 feststellbare Fälle; bei sieben Personen ließ sich keine Information ermitteln.

116 Siehe Anm. 111 und 114.

117 S. Haffner, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart 2000, S. 22.

Tab. 3: Alter und Generationszugehörigkeit der Gauwirtschaftsberater.

	1931	1934	1940	1942
Gründerzeitgeneration (geboren 1864-1881)	18,5 %	6,1 %	3,2 %	2,9 %
Frontgeneration (geboren 1882-1900)	55,6 %	66,7 %	64,5 %	68,6 %
überflüssige Generation (geboren 1901-1917)	25,9 %	27,3 %	32,3 %	28,6 %
Durchschnittsalter in Jahren	39	40	43	45
Summe der Fälle	27	33	31	35

3.3 Sozioökonomischer Status

Rückblickend unterstrich der thüringische Gauleiter Sauckel, „wie außerordentlich selten wirklich nationalsozialistische Wirtschaftsfachleute“ vor 1933 gewesen seien und hob „seinen“ Gauwirtschaftsberater Otto Eberhardt, den Leiter eines Bergwerksbetriebes, davon ab.¹¹⁸ In der Tat sprechen die Namen der 27 Gauwirtschaftsberater von 1931 nicht für eine besondere Affinität des Unternehmerlagers zum Nationalsozialismus. Nur gut ein Drittel dieser Gauwirtschaftsberater war selbstständig tätig und darunter führten lediglich vier als Eigentümer eine bedeutendere Firma. Hinzu kamen ein Gutsbesitzer und ein Landwirt, zwei Kleingewerbetreibende und zwei Freiberufler. Unter diesen insgesamt zehn Selbstständigen stammten nur zwei aus etablierten mittelständischen Unternehmerfamilien: Der Vater von Werner Daitz hatte sich als Kaufmann im Speditions- und Schifffahrtsgewerbe engagiert, und Ernst Arnolds Vater war Marmorfabrikant. Bis auf diese Ausnahmen gehörten die ersten Gauwirtschaftsberater nicht zum Milieu der arrivierten Honoratioren. Im „Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft“ von 1930/31 war beispielsweise niemand von ihnen verzeichnet, und niemand besaß eine herausgehobene Position in Handels- oder Handwerkskammern,¹¹⁹ weil Prestige und Renommee dafür fehlten.

¹¹⁸ Sauckel an Reichsminister des Innern, 20.7.1935, in: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Thüringisches Staatsministerium-Präsidialabteilung Nr. 274.

¹¹⁹ Siehe Anm. 90. Lediglich Georg Schaub, damals noch stellvertretender Gauwirtschaftsberater in Franken, wurde im Dezember 1932 als Mitglied in die IHK Nürnberg gewählt, siehe Das Deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934, S. 408.

Die Gauwirtschaftsberater als „Vertreter des Monopolkapitals“¹²⁰ hinzustellen, führt in die Irre. Neben den genannten gewichtigeren Unternehmern (14,8 Prozent) sind als größte Gruppen unter den frühen Gauwirtschaftsberatern zu identifizieren: hauptamtliche Parteifunktionäre beziehungsweise -journalisten (18,5 Prozent), gehobene Angestellte (14,8 Prozent), gehobene und mittlere Beamte (11,1 Prozent) sowie hohe Beamte (11,1 Prozent).¹²¹ Arbeiter oder proletaroiden Existenzen fehlten noch ganz beziehungsweise sind erst unter späteren Amtsträgern anzutreffen.

Tab. 4: Sozioökonomischer Status der Gauwirtschaftsberater vor dem 30.1.1933.

	1931	1934	1940	1942
Oberschicht und obere Mittelschicht	44,4 %	50,0 %	46,7 %	41,2 %
Großunternehmer, Fabrikanten, Bankiers, Vorstände, Direktoren, Hauptgeschäftsführer, selbstständige akademische Freiberufler, Gutsbesitzer, hohe Beamte				
mittlere und untere Mittelschicht	55,6 %	46,9 %	46,7 %	52,9 %
Einzelhändler und kleine Kaufleute, Handwerksmeister und Kleingewerbetreibende, gehobene und mittlere Angestellte und Beamte, Lehrer, Landwirte, Parteiangestellte				
darunter: gehobene Angestellte	14,8 %	28,1 %	26,7 %	24,2 %
obere Unterschicht	0 %	3,1 %	6,7 %	5,9 %
einfache Angestellte, prekäre Erwerbstätigkeit				
Anzahl der Personen	27	32	30	34
davon selbstständig unternehmerisch tätig	37,0 %	37,5 %	46,7 %	44,1 %

Analysiert wurden die in den Stichjahren 1931, 1934, 1940 und 1942 (siehe Anm. 18 und 19) im „Altreich“ amtierenden Gauwirtschaftsberater, insgesamt 80 feststellbare Fälle; bei drei Personen ließ sich keine Information ermitteln.

Erfahrungen in selbstständiger unternehmerischer Tätigkeit brachten in den ausgewählten Stichjahren zwischen 37 und 46,7 Prozent der Gauwirtschaftsberater

¹²⁰ W. Bleyer, Staat und Monopole im totalen Krieg. Der staatsmonopolistische Machtapparat und die „totale Mobilisierung“ im ersten Halbjahr 1943, Berlin (Ost) 1970, S. 62.

¹²¹ Alle Zahlen bezogen auf die Grundgesamtheit der 27 im Jahr 1931 amtierenden Gauwirtschaftsberater (Liste siehe Anm. 18).

mit, weniger als nach den einleitend zitierten Worten von Kehrl oder der These von Turner zu erwarten gewesen wäre, aber mehr als doppelt so viel wie durchschnittlich unter den NSDAP-Mitgliedern.¹²² „Fast ausschließlich aus der Wirtschaft“¹²³ kamen sie keinesfalls. Falls unternehmerische Fähigkeiten und Leistungen fehlten oder sie nur Theoretiker waren, dürften die Gauwirtschaftsberater wenig Akzeptanz in der regionalen Wirtschaft gefunden haben und auf viele Vorbehalte gestoßen sein.

Die Gauwirtschaftsberater entsprachen in keiner Weise dem sozialen Profil der NSDAP-Mitglieder. In der Partei stellten Angehörige der Unterschicht zum Beispiel einen Anteil von etwa 35 Prozent, Angehörige der Oberschicht von nur acht bis neun Prozent.¹²⁴ Demgegenüber blieb der sozioökonomische Status der Gauwirtschaftsberater relativ hoch (ähnlich wie die Gauleiter in aller Regel über eine sichere Berufsposition und über Aufstiegswillen verfügten).¹²⁵ Die Position war keine für SA-Schläger, Arbeitslose oder gescheiterte Existenzen am Rand der Gesellschaft. Lediglich drei Personen können, gemessen an ihrer Situation vor der „Machtergreifung“, äußerst prekären Verhältnissen zugerechnet werden: der arbeitslose, als Unternehmer fallierte Christian Franke, der kleine Angestellte Carlo Otte und der Vertreter Hermann Fromm, der den Offenbarungseid geleistet hatte. Überraschend viele, zwischen 41 und 50 Prozent, waren dagegen sogar in Oberschicht oder oberer Mittelschicht verankert. Partiiell kam es hier zu einem Amalgam traditioneller Gesellschafts- und neuer Parteieliten. Besser situierte Männer unter den Gauwirtschaftsberatern nutzten der Partei in der „Kampfzeit“ auch ganz handfest durch ihre Spenden. Der Essener Kaufmann Paul Hoffmann rettete das regionale Parteiblatt, die „National-Zeitung“, ¹²⁶ und Heinrich Bichmann akquirierte in Thüringen umfangreiche Geldmittel für die NSDAP.¹²⁷

122 Unter den NSDAP-Mitgliedern Ende Januar 1933 befanden sich 17,6 % Selbstständige (ohne Landwirte), siehe *P. Manstein*, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a.M. 1988, S. 161.

123 *Kehrl*, Krisenmanager, S. 41.

124 Siehe die differenzierende Analyse von Quellen und Forschungsergebnissen bei *Manstein*, Mitglieder, S. 132 und 138. Zu den ersten Ergebnissen eines aktuellen Projektes siehe *J.W. Falter* (Hg.), Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt a.M. 2017.

125 Siehe *Ziegler*, Gaue, S. 146.

126 Siehe Gauleiter Josef Terboven an NSDAP-Reichsschatzmeister Schwarz, 12.10.1934, in: BArch, ehem. Document Center, PK/E 317; National-Zeitung Nr. 150 vom 3.6.1934; *Stremmel*, Hoffmann, S. 102.

127 Siehe *W.A. Schilling*, Die Sauckel-Marschler-Regierung und das Ende der parlamentarischen Demokratie in Thüringen 1932/33, in: Zwischen Landesgründung und Gleichschaltung. Die Regierungsbildungen in Thüringen seit 1920 und das Ende der parlamentarischen Demo-

Der vergleichsweise hohe sozioökonomische Status der Gauwirtschaftsberater korrespondiert mit ihrer guten Ausbildung. Sie waren formal hoch qualifiziert und in starkem Maß akademisch geprägt. Unter den zuerst ins Amt berufenen Gauwirtschaftsberatern verfügten fast zwei Drittel über einen Hochschulabschluss, zwölf von ihnen hatten sogar promoviert, oft in wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Die Quote der Gauwirtschaftsberater mit akademischem Zeugnis sank danach zwar (und parallel stieg die Zahl derjenigen ohne Abitur), pendelte sich aber um 50 Prozent ein. Zwei Erklärungen für diese graduellen Verschiebungen bieten sich an: Zum einen boten freie Wirtschaft und öffentlicher Dienst den Akademikern in der Partei mit der anziehenden Konjunktur verheißungsvollere Beschäftigungs- und Karrierechancen als zuvor, zum anderen versorgte die NSDAP verdiente, aber formal schlecht ausgebildete Parteigenossen mit internen Ämtern. Aber nach wie vor stachen die Gauwirtschaftsberater mit ihrer Schul- und Hochschulbildung innerhalb der NSDAP und ihrer Funktionärsschicht weit heraus.

Tab. 5: Bildungsprofil der Gauwirtschaftsberater.

	1931	1934	1940	1942
Volksschule ohne weiterführende Schulbildung	0 %	9,4 %	13,3 %	9,4 %
weiterführende Schule ohne Abitur	26,1 %	25,0 %	30,0 %	28,1 %
weiterführende Schule mit Abitur ohne akad. Abschluss	8,7 %	15,6 %	6,7 %	15,6 %
Akademischer Abschluss	65,2 %	50,0 %	50,0 %	46,9 %
Promotion	52,2 %	40,6 %	43,3 %	37,5 %
Anzahl der Fälle	23	32	30	32

Analysiert wurden die in den Stichjahren 1931, 1934, 1940 und 1942 (siehe Anm. 18 und 19) im „Altreich“ amtierenden Gauwirtschaftsberater, insgesamt 74 feststellbare Fälle; bei neun Personen ließ sich keine Information ermitteln.

Zu betonen ist, dass es sich bei den Gauwirtschaftsberatern um nachgerade klassische Aufsteigerbiographien handelte. Mehr als der Hälfte gelang es bis zum Zusammenbruch der Weimarer Republik und trotz der ökonomischen Krisen, den sozialen Status des Vaters zu übertreffen. Zur Illustration: Heinrich Hunkes Vater

kratie 1932/33, Rudolstadt 2001, S. 43-151, hier S. 68. Weitere Beispiele für Spendensammler oder -geber sind Ernst Arnold (Westfalen-Süd) oder Waldemar Magunia (Ostpreußen).

Tab. 6: Sozioökonomischer Status der Väter der Gauwirtschaftsberater.

	1931	1934	1940	1942
Oberschicht und obere Mittelschicht	45,8 %	24,1 %	24,1 %	18,8 %
Großunternehmer, Fabrikanten, Bankiers, Vorstände, Direktoren, Hauptgeschäftsführer, selbstständige Ärzte, Gutsbesitzer, hohe Beamte, hohe Offiziere				
darunter: Großunternehmer, Fabrikanten, Bankiers	8,3 %	10,3 %	10,3 %	9,4 %
Mittlere und untere Mittelschicht	41,7 %	58,6 %	55,2 %	62,5 %
Einzelhändler und kleine Kaufleute, Handwerksmeister und Kleingewerbetreibende, gehobene und mittlere Angestellte und Beamte, Lehrer, Pfarrer, Landwirte, Fabrikmeister, Reisende				
darunter a): selbstständige Einzelhändler und kleine Kaufleute	8,3 %	10,3 %	10,3 %	12,5 %
darunter b): selbstständige Handwerker und Kleingewerbetreibende	12,5 %	10,3 %	6,9 %	9,4 %
darunter c): gehobene oder mittlere Beamte, Lehrer	4,2 %	20,7 %	27,6 %	25,0 %
obere Unterschicht	12,5 %	17,2 %	20,7 %	18,8 %
einfache Arbeiter und Handwerker				
Anzahl der Personen	24	29	29	32
davon selbstständig unternehmerisch tätig	50,0 %	51,7 %	37,9 %	34,4 %

Analysiert wurden die Väter der in den Stichjahren 1931, 1934, 1940 und 1942 (siehe Anm. 18 und 19) im „Altreich“ amtierenden Gauwirtschaftsberater, insgesamt 73 feststellbare Fälle; bei zehn Personen ließ sich keine Information ermitteln. Die Berufsangaben in den Quellen sind häufig vage bzw. nicht sehr aussagekräftig. Eine Bezeichnung wie „Kaufmann“ verrät wenig über die tatsächlichen Lebensumstände. Insofern ist die Auswertung mit gewissen Unsicherheiten behaftet.

war Zieglermeister, er selbst arbeitete als Dr. rer. nat. als wissenschaftlicher Referent im Reichswehrministerium;¹²⁸ Josef Klein stammte aus einer Familie von Landwirten, wogegen er promovierte und bis zum Leiter der Sozialabteilung der IG Farben emporstieg;¹²⁹ Clemens Kentrup hatte einen Stuckateur zum Vater

¹²⁸ Zu Hunke s. Abschnitt 4.

¹²⁹ Zu Klein siehe *J. Lilla (Bearb.)*, Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen

und brachte es als promovierter Jurist bis zum Geschäftsführer einer Handwerkskammer, dann einer Versicherungsgesellschaft.¹³⁰ Der Rest hatte das soziale Niveau der Eltern zumindest erreicht, und bloß zwei Personen fielen erkennbar zurück: Der bereits genannte Christian Franke, Sohn eines Großbauern, scheiterte als Textilunternehmer und versuchte sich als Angestellter durchzuschlagen;¹³¹ Berengar Elsner von Gronow, Sohn eines Oberregierungsrats, bot sich als freiberuflicher Wirtschaftsberater an und schlüpfte dann bei der NSDAP unter.¹³²

Nach 1934 sank die „unternehmerische Sozialisation“ der Gauwirtschaftsberater massiv, und gleichzeitig intensivierte sich der Trend leicht, dass Gauwirtschaftsberater aus der (oberen) Unterschicht stammten. Die sozioökonomische Herkunft der im Zweiten Weltkrieg amtierenden Gauwirtschaftsberater näherte sich den Verhältnissen unter anderen NSDAP-Funktionären an.¹³³ Unter den Gauwirtschaftsberatern waren nun der Typus des *Selfmademan* und jener des Parteikarrieristen stärker verbreitet als zuvor.

Gegenläufig zu diesem Prozess waren jedoch mehr Gauwirtschaftsberater als 1931 selbst unternehmerisch tätig: 46,7 Prozent beziehungsweise 44,1 Prozent, überwiegend jedoch als Kleingewerbetreibende. 1942 führten nur fünf Gauwirtschaftsberater als (Mit-)Eigentümer ein beachtliches, kapitalstarkes mittelständisches Unternehmen.¹³⁴ Anders gewendet: Die Schnittmenge zwischen Unternehmern und Gauwirtschaftsberatern blieb begrenzt und stagnierte schließlich. Im traditionellen Milieu der Honoratioren, der Wirtschaftsbürger und ihrer Interessenorganisationen wurden die allermeisten Gauwirtschaftsberater auch nach 1933 als Fremdkörper empfunden. Lediglich zwei sind, neben den für die Frühzeit erwähnten Daitz und Arnold, diesem Milieu zuzurechnen: der Kölner Bankier Kurt von Schröder und der Magdeburger Tabak- und Metallwaren-

Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004, S. 314; thyssenkrupp Corporate Archives, A/1537 und A/3436.

130 Zu Kentrup siehe die Entnazifizierungsakte im Staatsarchiv Freiburg, D 180/2 Nr. 228.453; B. Boll/U. Huggle, Die Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein. Geschichte und Wirkungsfeld der Kammern Freiburg und Lahr, Freiburg 1998, S. 143, 149 und 160; Auskunft Stadt Teningen, 9.7.2007, und Stadtarchiv Dortmund, 13.2.2019.

131 Zu Franke siehe *Stremmel*, Kammern, S. 96 und 272.

132 Zu Elsner von Gronow siehe BArch, R 55 Nr. 30048.

133 Zu den westfälischen Kreisleitern etwa *Stelbrink*, Kreisleiter, S. 20.

134 Rudolf Braun in Melsungen ein Chemieunternehmen, Erwin Fengler in Stettin eine Textilfabrik, Paul Pleiger in Buchholz (heute Witten) eine Maschinenfabrik, Kurt von Schröder und Julius Maier in Köln bzw. Hannover eine Privatbank.

industrielle Martin Nathusius.¹³⁵ Das Wachstum des sozialen Kapitals aller übrigen stieß an Grenzen. Christian Franke (Westfalen-Nord) heiratete zwar in zweiter Ehe die Tochter eines arrivierten Mittelständlers, aber der Zugang zu Großindustrie und Großbürgertum blieb ihm fast vollständig verschlossen. Der Geldadel nahm die Gauwirtschaftsberater nicht als gesellschaftlich ebenbürtig wahr, und diese besaßen nicht dessen Habitus – was nicht ausschloss, dass sich hin und wieder persönliche Freundschaft oder zumindest widerstrebender Respekt entwickelte (unter Ruhrindustriellen etwa gegenüber Paul Pleiger). Und oft war auch der Großindustrielle auf den Gauwirtschaftsberater angewiesen, sodass deren soziales Interagieren eben nicht ausschließlich auf den mit Herrenwitzen gewürzten Bierabend im Kreis von Parteikameraden¹³⁶ beschränkt blieb.

3.4 Geographische Herkunft

Nicht nur die soziale, auch die geographische Herkunft der Gauwirtschaftsberater ist ein Indiz für die These von den Aufstiegsbiographien, denn zu knapp mehr als der Hälfte wirkten die Berater außerhalb jener Regionen, in denen sie geboren und in aller Regel auch aufgewachsen waren. Das unterschied sie etwa von den „Führern der Provinz“ in Baden und Württemberg.¹³⁷ Man suchte, ob freiwillig oder gezwungen, auswärts nach neuen, besseren Lebenschancen. Die geographische Mobilität sank bis 1940 zwar merklich, sodass die Sesshaften ein leichtes Übergewicht besaßen, aber der Anteil der Beweglichen verharrte auf hohem Niveau. Mit anderen Worten: Aus einer hochgradig mobilen, wenn man so will wurzellosen Gruppierung wurde eine nur mehr mobile.

Die geographische Herkunft war breit gestreut. Dennoch lassen sich einige Regionen identifizieren, die – auch gemessen an ihrer Bevölkerungsstärke – einen überproportionalen Anteil an Gauwirtschaftsberatern stellten: Sachsen (mit Anhalt), Westfalen (mit Lippe) und Baden/Württemberg, also stärker industrialisierte Gebiete, in denen sich die Wirtschaftskrise nach 1929 massiv bemerkbar machte. Industrieller Niedergang, Arbeitslosigkeit und ökonomische Depression scheinen zum mentalen Erfahrungsraum zahlreicher Gauwirtschaftsberater gehört zu haben. Hinzu kam auch eine gewisse Diasporaerfahrung, denn die genannten Regionen waren ja keine Hochburgen der NSDAP.

135 Deren Status veranschaulicht auch die Aufnahme in das Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft, hier Bd. 2, Berlin 1931, S. 1304 bzw. 1710-1711.

136 Siehe *Stremmel*, Hoffmann, S. 112.

137 *M. Kißener/J. Scholtyssek*, Nationalsozialismus in der Provinz. Zur Einführung, in: *Dies.* (Hg.), *Führer*, S. 11-29, hier S. 15.

Tab. 7: Wirkungs- und Geburtsort der Gauwirtschaftsberater.

	1931	1934	1940	1942	Gesamtzahl der Fälle in den vier Stichjahren	Gesamt- zahl in Prozent
bleibt als Gauwirtschaftsbe- rater in der Geburtsregion	37,0 %	51,5 %	54,8 %	54,3 %	40 Personen	48,8 %
wirkt als Gauwirtschaftsbe- rater in einem anderen Land des Deutschen Reiches oder – im Fall Preußens – in einer anderen Provinz	63,0 %	48,5 %	45,2 %	45,7 %	42 Personen	51,2 %
Summe	100 %	100 %	100 %	100 %	82 Personen	100 %

Analysiert wurden die in den Stichjahren 1931, 1934, 1940 und 1942 (siehe Anm. 18 und 19) im „Altreich“ amtierenden Gauwirtschaftsberater; insgesamt 82 feststellbare Fälle; bei einer Person ließ sich keine Information ermitteln.

Tab. 8: Herkunft der Gauwirtschaftsberater nach Geburtsregion.

	Personen	Anteil in Prozent
Sachsen (Kgr. und preuß. Provinz), Anhalt	10	12,2
Westfalen, Lippe	8	9,8
Baden, Württemberg	7	8,5
Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen	6	7,3
Schlesien	6	7,3
Bayern, Franken	6	7,3
Hannover, Oldenburg, Braunschweig	5	6,1
Rheinland	5	6,1
Hessen, Nassau	5	6,1
Pfalz, Saarland	5	6,1
West-, Ostpreußen, Danzig, Posen	4	4,9
Thüringen	4	4,9
Mecklenburg, Pommern	3	3,7
Berlin	3	3,7

Fortsetzung Tab. 8:

	Personen	Anteil in Prozent
Brandenburg	2	2,4
Österreich-Ungarn	2	2,4
sonstiges Ausland	1	1,2
Summe	82	100,0

Analysiert wurden die in den Stichjahren 1931, 1934, 1940 und 1942 (siehe Anm. 18 und 19) im „Altreich“ amtierenden Gauwirtschaftsberater, insgesamt 82 feststellbare Fälle; bei einer Person ließ sich keine Information ermitteln.

3.5 Konfession

Im Hinblick auf die konfessionelle Verortung ist ein ungewöhnlich starkes Übergewicht der evangelisch Getauften festzustellen, das über die Jahre hinweg stabil blieb. Ihr Anteil lag weit über dem vergleichbaren Bevölkerungsanteil (62,7 Prozent)¹³⁸ oder auch dem Anteil der Protestanten unter anderen NSDAP-Funktionären.¹³⁹ Ob sich der ausgeprägte Aufstiegsehrgeiz vieler Gauwirtschaftsberater und ihre verbreitete Arbeitsamkeit auf protestantische Prägungen zurückführen lassen, muss mangels Quellen dahingestellt bleiben.

Tab. 9: Konfessionelle Zugehörigkeit der Gauwirtschaftsberater.

	Personen	Anteil in Prozent
ev. getauft	56	82,4
kath. getauft	12	17,6
Kirchenaustritt insgesamt	20	28,6

Analysiert wurden die in den Stichjahren 1931, 1934, 1940 und 1942 (siehe Anm. 18 und 19) im „Altreich“ amtierenden Gauwirtschaftsberater, insgesamt 68 feststellbare Fälle bezüglich der Taufe und 70 bezüglich des Kirchenaustritts; bei 15 bzw. 13 Personen ließ sich keine Information ermitteln. Im Hinblick auf den Kirchenaustritt gibt es eine hohe Dunkelziffer.

¹³⁸ Angehörige der Evangelischen Kirche 1933 nach D. Petzina/W. Abelshauser/A. Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Bd. III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978, S. 31.

¹³⁹ Beispielsweise waren 69 % der westfälischen NSDAP-Kreisleiter evangelisch. Auch sie waren im Vergleich zur Bevölkerung überrepräsentiert, siehe Stelbrink, Kreisleiter, S. 18.

Jedenfalls traten weniger Gauwirtschaftsberater aus der Kirche aus als man annehmen könnte: 28,6 Prozent.¹⁴⁰ Eine Bindung an ihr Herkunftsmilieu, kulturelle Traditionen beziehungsweise außerpolitische Verwurzelungen blieb offenkundig für viele virulent.

4 Ideal- und Realtypen

Die bisherige Analyse hat zwar einige gemeinsame Merkmale ergeben, die jeweils für eine signifikante Mehrheit der Gauwirtschaftsberater zutreffen:

- Zugehörigkeit zur Frontgeneration, also zu einer relativ jungen Alterskohorte
- Teilnahme am Ersten Weltkrieg
- qualifizierte Ausbildung, oft mit akademischem Abschluss
- soziale Herkunft aus der protestantischen Mittel- und Oberschicht
- Distanz zum traditionellen Wirtschaftsbürgertum
- ausgeprägte geographische und soziale Mobilität mit einem erkennbaren gesellschaftlichen Aufstieg
- früher Parteibeitritt vor 1932, das heißt vor der eigentlichen Erfolgsphase der NSDAP
- Ämter- und Machtakкумуляtion nach dem 30. Januar 1933

Das reicht jedoch nicht aus, ein trennscharfes Profil zu erstellen oder gar von einer kollektiven Identität zu sprechen. *Den* Gauwirtschaftsberater gab es nicht. Eher verdichten sich die unterschiedlichen Lebensläufe zu fünf „Idealtypen“ im Sinne von Max Weber, theoretischen Konstrukten und zugleich empirischen Rekonstruktionen, in denen Merkmale tatsächlich existierender Personen ausgewählt, verknüpft und zugespitzt werden.¹⁴¹ Der „Idealtypus“ kommt als solcher in der Realität nicht vor, bietet aber Orientierungshilfen beziehungsweise Kriterien, an denen sich die Wirklichkeit messen lässt. Um im vorliegenden Fall Parallelen und Divergenzen erkennen zu können, sind Schlüsselvariablen kombiniert und ausgewertet worden (Generationszugehörigkeit, soziale Herkunft, ökonomische Kompetenzen, Datum des Parteibeitritts, Amtsdauer, beruflicher Erfolg vor 1933, ideologische Äußerungen, Aktivitätskreise und Initiativen nach

¹⁴⁰ Unter den westfälischen NSDAP-Kreisleitern waren es mindestens 72 %, siehe *Stelbrink*, Kreisleiter, S. 75.

¹⁴¹ Siehe *M. Weber*, Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: *Ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 5., erneut durchges. Aufl., hg. von *J. Winckelmann*, Tübingen 1982, S. 146-214, hier v.a. S. 190-214 (ursprgl. 1904).

1933, Ämterakkumulation in Partei, Staat und Wirtschaft). Mit dieser Methode kristallisieren sich fünf Idealtypen von Gauwirtschaftsberatern heraus: Karrieristen, Provinzfürsten, Verwalter, Materialisten und Parteisoldaten. Reale Personen nähern sich diesen Kategorien unterschiedlich dicht an, und wegen des lückenhaften Wissens um einzelne Lebensläufe lässt sich auch nicht jeder Realtyp sinnvoll einem der Idealtypen zuordnen. Doch zweifellos fallen die meisten Gauwirtschaftsberater unter die Rubrik der Provinzfürsten und der Verwalter, und nur wenige zählten zu den Parteisoldaten oder den Materialisten. Gleichwohl zogen alle Nutzen aus ihrem Amt und waren Profiteure des Regimes, wenn auch in sehr unterschiedlicher Art. Die allermeisten steigerten ihr Einkommen erheblich.¹⁴²

4.1 Der Karrierist

Der Karrierist stammt aus einfachen kleinbürgerlichen, gelegentlich proletarischen Verhältnissen, hat allerdings eine solide fachliche Ausbildung genossen und trotz der Verwerfungen der Weimarer Republik sein berufliches Können unter Beweis gestellt. Gleichwohl ist er ein prinzipieller Gegner des ökonomischen und politischen Systems. Der NSDAP tritt er spät bei, nachdem diese die ersten reichsweiten Wahlerfolge gefeiert hat. Ehrgeizig und fest von sich überzeugt strebt er an, zur Prominenz des NS-Staates aufzusteigen und nicht nur persönlich vorwärtszukommen, sondern hochfliegende Pläne zu verwirklichen, Wirtschaft und Politik umzugestalten. Dabei wird die Partei zum Sprungbrett für Macht und Einfluss weit über die Region hinaus, doch letztlich emanzipiert sich der Karrierist von ihr und das Amt des Gauwirtschaftsberaters rückt an den Rand. Stattdessen setzt der Karrierist auf Positionen in der Exekutive und den Wirtschaftsbehörden. Zuvor hatte er Netzwerke in der NSDAP geknüpft, die Nähe zum Gauleiter gesucht und durch öffentliche Initiativen auf sich aufmerksam gemacht. Mit einem ebenso großen Maß an Opportunismus wie Rücksichtslosigkeit ausgestattet, eignet er sich während der „Gleichschaltung“ einflussreiche Positionen in Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen an. Er wird Multifunktionär, verharnt allerdings in der zweiten Reihe. Fachliche Kompetenz kann ihm nicht abgesprochen werden, aber Macht ist ihm letztlich wichtiger als Ideologie.

¹⁴² Im Falle von Ludwig Linhardt (Bayerische Ostmark) stieg es z.B. zwischen 1933 und 1939 auf mehr als das Doppelte, siehe Staatsarchiv München, Spruchkammern K 1061. Der selbstständige Steuerberater war nach 1933 im Vorstand einer Allgemeinen Ortskrankenkasse und einer Gesellschaft zur Durchführung des Vierjahresplans in der Region, s. *Bald*, Gauleitung, S. 21 und 43.

Heinrich Hunke¹⁴³ kommt diesem Idealtypus nahe. Ihm gelang zunächst ein sozialer Aufstieg. Der Vater war Zieglermeister, er selbst machte eine Ausbildung zum Volksschullehrer, studierte zudem noch Volkswirtschaft und promovierte 1927. Anschließend war er als Referent im Reichswehrministerium tätig. Schon 1923 der NSDAP beigetreten, gehörte er schließlich als Organisationsleiter und als Wirtschaftsberater (von 1931 an) zur Führungsspitze des Gaus Berlin. Außerdem gab er seit 1931 die Fachzeitschrift „Die Deutsche Volkswirtschaft“ heraus. Gauleiter Goebbels schätzte ihn („flottes, kluges Kerlchen, leistet viel Arbeit“¹⁴⁴) und holte ihn als hohen Beamten ins Propagandaministerium. Im „Dritten Reich“ nahm Hunke parallel zahlreiche weitere Funktionen wahr, unter anderem als Präsident des Werberates der Deutschen Wirtschaft, als Reichstagsabgeordneter und Honorarprofessor. Obwohl das Verhältnis zu Goebbels abgekühlt war, wurde Hunke 1944 noch Präsident der Berliner Gauwirtschaftskammer und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank.¹⁴⁵ Offenkundig hielt er – gegen die Parteidirektiven – auch am Amt des Gauwirtschaftsberaters bis zuletzt fest. Als solcher hatte er die „Arisierungen“ im Gau Berlin gesteuert und dabei auch selbst eine Firma erworben.¹⁴⁶ Auch publizistisch blieb er eifrig tätig und versuchte auf vielen Wegen, Konzepte einer nationalsozialistisch gelenkten Wirtschaft theoretisch zu fundieren.¹⁴⁷ Nach Internierung und Entnazifizierung gelang ihm ein beruflicher Neuanfang im Niedersächsischen Finanzministerium (zuletzt Ministerialdirigent).

143 Geb. 8.12.1902 Heipke (Lippe), gest. 8.1.2000 Hannover, evangelisch. Kurzbiographie bei Lilla: Statisten, S. 270-271. Spruchkammerverfahren, in: Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1060-Jg. 1948-2094 und NW 1037-A/Reg-12503. Kleiner Nachlass in Landesarchiv NRW, Abt. Ostwestfalen-Lippe. Weitere Gauwirtschaftsberater, die dem Idealtyp des Karrieristen nahe kommen, sind Werner Daitz (Mecklenburg), Hans Kehrl (Kurmark), Oswald Lehnich (Württemberg), Johannes Müller (Magdeburg-Anhalt), Paul Pleiger (Westfalen-Süd), Walther Schieber (Thüringen) und Karl Georg Schmidt (Köln-Aachen).

144 E. Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2/II, bearb. von A. Hermann, München 2004, S. 150 (Eintr. vom 17.11.1931).

145 Siehe H. James, Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933-1945, in: L. Gall u.a., Die Deutsche Bank 1870-1995, München 1995, S. 315-407, hier S. 393; C.-L. Holtfrerich, Die Deutsche Bank vom Zweiten Weltkrieg über die Besatzungsherrschaft zur Rekonstruktion 1945-1957, in: ebda., S. 409-577, hier S. 414-417; J. Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs, München 2006, S. 110-115.

146 Siehe C. Biggeleben, Die Verdrängung der Juden aus der Berliner Industrie- und Handelskammer und dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, in: Ders. u.a. (Hg.), „Arisierung“, S. 55-86, hier S. 79-82.

147 Siehe u.a.: Grundzüge der deutschen Volks- und Wehrwirtschaft, Berlin ⁶1942.

4.2 Der Provinzfürst

Ihm geht es nicht in erster Linie um persönliche Vorteile, sondern darum, einen „Dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu finden und diesen vor Ort zu verwirklichen. Deshalb ist er bereits in den 1920er Jahren Mitglied der Partei geworden, überzeugt davon, die marktwirtschaftliche Ordnung müsse reguliert, letztlich überwunden und der Primat der Politik durchgesetzt werden. Eine antikapitalistische, genauer: anti-großindustrielle Grundhaltung konserviert er, passt sich aber den Verhältnissen an und gibt ständestaatliche Ideen auf, als der politische Wind sich dreht. Er ist ein Pragmatiker der Macht par excellence. Seine Ambitionen sind nicht auf die nationale Ebene gerichtet, und Ausgangspunkt seines Wirkens ist ein Vertrauensverhältnis zum Gauleiter. Das Amt des Gauwirtschaftsberaters bleibt sein Aktionszentrum, und er klammert sich lange daran. Ämterakkumulation kommt ihm entgegen, weil er die Region ökonomisch weiterentwickeln will. So setzt er sich dafür ein, die Infrastruktur auszubauen, neue Betriebe anzusiedeln oder den Mittelstand zu stärken. Sein Selbstbewusstsein und seine Energie schöpft er auch daraus, dass er selbst akademisch hoch qualifiziert und bereits in der Weimarer Zeit erfolgreich unternehmerisch tätig war. Auch wenn er gern das Leitbild vom „ehrbaren Kaufmann“ zitiert, stehen Rassismus und Antisemitismus, das Führerprinzip und der Traum von nationaler Expansion außer Frage.

Rudolf Braun,¹⁴⁸ Sohn eines wohlhabenden Unternehmers, studierte nach einer Apothekerlehre Pharmazie und Chemie. Im Ersten Weltkrieg meldete er sich als Freiwilliger. Ein Jahr nach der Promotion 1923 erwarb er im nordhessischen Melsungen die Uzara-Werke, ein kleines Unternehmen, das pharmazeutische Präparate produzierte und auch während der Weltwirtschaftskrise florierte. 1933/34 kaufte Braun die erheblich größere, aber sanierungsbedürftige Firma Evens & Pistor, die Krankenhaus- und Sanitäreinrichtungen herstellte und ihm dank der Umstellung auf Rüstungsgüter im Zweiten Weltkrieg beträchtliche Gewinne brachte. Der NSDAP trat Braun bereits 1929 bei. Seit das Amt des Gauwirtschaftsberaters im Gau Kurhessen geschaffen wurde, bekleidete er es. Mit der Gleichschaltung der Kammern besetzte er 1933 auch den Präsidentenstuhl

148 Geb. 21.7.1889 Wetter/Kr. Marburg, gest. 25.7.1975 Marburg an der Lahn, evangelisch (1940 Kirchnaustritt). Kurzbiographie bei *Lilla*, Statisten, S. 61 f. Spruchkammerverfahren, in: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520 Kassel-Zentral Nr. 3415; *H.-H. Brandt*, Die Industrie- und Handelskammer Kassel und ihre Vorläufer 1763-1963, Kassel 1963, S. 102-103. Weitere Gauwirtschaftsberater, die dem Idealtyp des Provinzfürsten nahe kommen, sind Wilhelm Bösing (Rheinpfalz), Otto Eberhardt (Thüringen), Paul Hoffmann (Essen), Ludwig Linhardt (Bayerische Ostmark) und Walther Reihle (Württemberg).

der IHK Kassel (bis 1943). Hinzu kam im selben Jahr ein Reichstagsmandat. Persönlich eher anspruchslos und mit einem gewissen Idealismus hinsichtlich der „sozialistischen“ Seiten des NS-Parteiprogramms setzte Braun sich für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsstruktur in Nordhessen ein, besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Entsprechende Reden hielt er bereits vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Kapitalkräftige Firmen versuchte er im Land zu halten. Er bemühte sich, öffentliche Aufträge zu vermitteln oder Fachschulen zu gründen, und engagierte sich für den Autobahnbau. Zeitzeugen beschreiben ihn als impulsiv, oft grob und cholerisch, zugleich aber auch als arbeitseifrig und leistungsstark. Braun entwickelte sich zur zentralen Schaltstelle der nordhessischen Wirtschaft: Es habe „kaum eine Sparte des öffentlichen oder wirtschaftlichen Lebens“ gegeben, wo er nicht in Erscheinung getreten sei,¹⁴⁹ und er habe „als Prominenter der Wirtschaft die unumschränkte Macht diktatorisch“ verkörpert.¹⁵⁰ Aktiv schaltete er sich auch in die „Arisierung“ ein, wobei er sich selbst offenbar nicht bereicherte. Im Krieg erweiterten sich seine Gestaltungsspielräume, weil er vom Speer-Ministerium zum Rüstungsobmann und Vorsitzenden des regionalen Rüstungskommandos ernannt wurde. Obgleich er bei Kriegsende die *Verbrannte-Erde-Befehle* torpedierte, war Braun ein Rad in der Maschinerie der Gewaltherrschaft. Dass er aber im Entnazifizierungsverfahren rund 100 ausführliche Entlastungszeugnisse vorlegen konnte, spricht gleichwohl für ein gewisses Ansehen, das er sich zumindest in Teilen der Wirtschaft erworben hatte. 1948 verließ er das Internierungslager und widmete sich, in die Mitläufer-Kategorie IV eingestuft, wieder seinen Firmen.

4.3 Der Verwalter

Mehr zufällig, häufig aus der Not der Gauleiter, geeignete Bewerber für das Amt des Gauwirtschaftsberaters zu finden, erhält der Verwalter quasi als Lückenfüller den Posten. NSDAP-Mitglied wird er erst nach 1930, findet dort aber keine echte Machtbasis und gehört nie zur engeren Gauclique. Anstatt nach außen oder in der Partei in Erscheinung zu treten, richtet er sein Hauptaugenmerk auf sein privates berufliches Fortkommen, wobei er den Rahmen der Gesetze des Unrechtsstaates nie sprengt. Der Verwalter funktioniert, und er will im NS-System reibungslos funktionieren. Das Amt des Gauwirtschaftsberaters bleibt eine

¹⁴⁹ Eidesstattliche Erklärung von Gustav Lahmeyer, ehemaliger NS-Oberbürgermeister von Kassel, 12.1.1948, in: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520 Kassel-Zentral Nr. 3415.

¹⁵⁰ Öffentlicher Kläger XIII an Präsident der Spruchkammer Darmstadt-Lager, 23.7.1948, in: ebda.

Durchgangsstation. Er füllt es unscheinbar aus, ohne Initiative und ohne Engagement; er tut das Nötige, strebt aber nicht nach mehr. Grundlegende ökonomische Fähigkeiten bringt der Verwalter mit, und bereits in der Weimarer Republik hat er sich eine sichere berufliche Position erarbeitet und einen gesellschaftlichen Aufstieg erlebt. Wenn er dank der Partei Funktionen in Wirtschaftsorganisationen besetzt, nimmt er sie für wichtiger als sein Gauwirtschaftsberater-Amt.

Eugen Möllney¹⁵¹ gelang ein sozialer Aufstieg aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Der Sohn eines Fuhrmanns und Specereihändlers studierte Chemie und promovierte 1914. Nachdem er im Ersten Weltkrieg gekämpft hatte, ging er als leitender Angestellter in die chemische Industrie und war am Ende Geschäftsführer einer Tochtergesellschaft der Th. Goldschmidt AG, und zwar der Orgacid GmbH in Ammendorf bei Halle, die chemische Kampfstoffe produzierte. Möllney trat der NSDAP erst nach der „Machtergreifung“ bei und übte das Amt des Gauwirtschaftsberaters im Gau Halle-Merseburg von Dezember 1935 bis Kriegsende aus, wohnte jedoch nicht am Sitz der Gauleitung und verfügte dort weder über Büro noch Stab. Aus einer Bekanntschaft mit Robert Ley, von Haus aus ebenfalls Chemiker, erwuchs kein Einfluss in der NSDAP. Eigene Angaben, wonach er vom Gauleiter nur fallweise beratend eingeschaltet wurde, zum Beispiel bei Fragen der Energieversorgung, und sich ansonsten ganz auf sein Wirken als Manager konzentrierte, konnten im Spruchkammerverfahren nicht widerlegt werden. Nur gelegentlich trat Möllney mit Presseartikeln in der Mitteldeutschen National-Zeitung hervor. Herausgehobene Positionen in den Organisationen der Wirtschaft besetzte er nie. Nach dreijähriger Internierung war Möllney in Nordrhein-Westfalen beratend für seinen alten Arbeitgeber Goldschmidt tätig.

151 Geb. 23.1.1890 Velbert, gest. 6.6.1976 [Bonn], evangelisch. Spruchkammerverfahren, in: BArch Koblenz, Z 42 II/2624. Personalakte: Evonik-Konzernarchiv, Standort Marl. Auskünfte Stadtarchiv Velbert, 2.6.2009 und Stadtarchiv Halle (Saale), 9.7.2007. H. Maier, Chemiker im „Dritten Reich“. Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat, Weinheim 2015, S. 60. Weitere Gauwirtschaftsberater, die dem Idealtyp des Verwalters nahe kommen, sind Emeran Amon (Düsseldorf), Hans Buchner (München-Oberbayern), Wilhelm Burmeister (Hannover-Ost), Albert Malzahn (Schleswig-Holstein), Hennecke von Plessen (Mecklenburg) und Kurt Freiherr von Schröder (Köln-Aachen). Kurt Wiebel (Hannover-Ost) vergisst oder unterschlägt z.B. in seinem Lebenslauf während des Spruchkammerverfahrens das Amt völlig; es spielt auch für die Richter keine Rolle, siehe BArch Koblenz, Z 42 III/2045.

4.4 Der Materialist

Vor 1933 macht er keine Karriere, eher sind berufliche Misserfolge zu verzeichnen. Spezifische theoretische Kompetenz in ökonomischer Richtung eignet sich der Materialist nie an, doch findet er früh zur NSDAP, und der Primat der Partei steht für ihn außer Frage, nicht zuletzt, weil er allein ihr sozialen Rang und Macht verdankt. Mit Hilfe der NSDAP okkupiert er im „Dritten Reich“ Aufsichtsratsmandate in Unternehmen und Vorstandspositionen in den Kammern der Wirtschaft. Weil das Amt des Gauwirtschaftsberaters Basis aller Handlungsoptionen ist, klammert er sich daran fest. Die Direktiven des NS-Staates setzt er rücksichtslos durch, und er nutzt sie besonders während der „Arisierungen“ ohne Skrupel und gedeckt durch den Gauleiter zu seinem eigenen Vorteil, wobei er auch den Rahmen des damals juristisch Erlaubten sprengt. Gierig und mit allen Mitteln will er sich bereichern und schlägt im Vergleich zu den anderen Idealtypen am meisten materiellen Profit aus dem NS-System – und um diesen Profit kreist sein Denken. Aktionsfeld bleibt ausschließlich der Gau.

Das Beispiel von Hermann Fromm¹⁵² demonstriert, dass Gauwirtschaftsberater über vielfältige institutionelle Optionen verfügten, die sie mit dem nötigen Geschick (negativ: mit der nötigen Gerissenheit) in enormes ökonomisches Kapital ummünzen konnten. Fromm, Sohn eines Schiffszimmermanns, scheiterte während der Weimarer Zeit mehrfach als selbstständiger Kaufmann. 1931 leistete er den Offenbarungseid und schlug sich anschließend als Vertreter durch. 1926 Mitglied geworden, gehörte er zu den „alten Kämpfern“ der NSDAP. Dank enger Bekanntschaft ernannte ihn Gauleiter Röver 1932 zum Wirtschaftsberater im Gau Weser-Ems, was er bis Kriegsende blieb. Nur vier Jahre nach seinem Offenbarungseid konnte Fromm Grundstücke für 150.000 Reichsmark kaufen, 1938 eine jüdische Firma für eine halbe Million Reichsmark erwerben und 1942 schließlich eine Villa in Bremen für 350.000 Reichsmark in seinen Besitz nehmen. Dort residierte er fortan mit seiner Familie. Nachvollziehbar erscheint, dass Fromm von Zeugen im Spruchkammerverfahren als der „schamloseste Nutznießer des Naziregimes im Gau Weser-Ems“ bezeichnet wurde.¹⁵³ Dieser immens schnelle Aufstieg fußte in mehrfacher Hinsicht auf dem Parteiamt. Als Gauwirtschaftsberater war Fromm erstens prädestiniert dafür, lukrative Posten in Aufsichts-

¹⁵² Geb. 21.10.1896 (Wilhelmshaven-)Ebkeriege, evangelisch (1933 Kirchenaustritt). Spruchkammerakte, in: BArch Koblenz, Z 42 IV/6929. Weitere Gauwirtschaftsberater, die dem Idealtyp des Materialisten nahe kommen, sind Wilhelm Avieny (Hessen-Nassau), Karl Eckardt (Hessen-Nassau), Christian Franke (Westfalen-Nord) und Clemens Kentrup (Baden).

¹⁵³ Oberregierungsrat Albert Bliemeister, 6.2.1948, in: BArch Koblenz, Z 42 IV/6929.

und Verwaltungsräten zu besetzen, so auch in der Bremer Landesbank, die ihm dann ein Darlehen von einer Viertelmillion Reichsmark gewährte. Zweitens stand er in permanentem Kontakt zu den führenden Industriellen der Region, und der Generaldirektor der Deschimag-Werft stellte ihm ebenfalls einen Kredit von 250.000 Reichsmark zur Verfügung – und versprach sich wahrscheinlich Gegenleistungen. Drittens: Fromm erfuhr als Gauwirtschaftsberater früh von jüdischen Firmen, die zum Verkauf standen und weit unter Marktwert zu haben waren. 1935 in Oldenburg und 1938 in Güstrow griff er bei zwei Bettfedernfabriken zu. Viertens halfen seine Parteinetzwerke, Aufträge vom Arbeitsdienst und vom Militär zu erhalten. Nach Internierung und Entnazifizierung verliert sich Fromms Spur.

4.5 Der Parteisoldat

Als Angehöriger der „verlorenen Generation“, um 1900 geboren, lebt der Parteisoldat früh im Dunstkreis rechtsextremer Gruppen und Gedanken. Der NSDAP gehört er als „alter Kämpfer“ an und ist Teil der Clique um den Gauleiter. Beruflich jedoch hat er nur geringen Erfolg und ihm fehlen unternehmerische Fähigkeiten. So verschreibt er sich ganz der Partei, wobei das Amt des Gauwirtschaftsberaters nur eines unter vielen ist, und für ihn keineswegs das zentrale. Aktionsbasis sind andere Parteifunktionen, aber auch Regierungsämter und Parlamentsmandate. Fanatisch überzeugt von der Weltanschauung der NSDAP, kämpft er auch in SA oder SS dafür oder nimmt Aufgaben in der Ausplünderung oder im Vernichtungsapparat der im Zweiten Weltkrieg eroberten Gebiete wahr. Brutal setzt er Gewalt ein. Im Grunde kreist sein Denken kaum um die Wirtschaft, sondern eher um Politik und Herrschaft. Der Parteisoldat definiert sich allein durch den Nationalsozialismus; gerade auf diesem Typus ruht die NS-Herrschaft.

Waldemar Magunia¹⁵⁴ meldete sich 1918 als erst Sechzehnjähriger zum Waffendienst und kämpfte nach Kriegsende in einem Freikorps. In den 1920er Jahren absolvierte er eine Ausbildung im Bäckerhandwerk, legte die Meisterprüfung ab und betrieb seit 1927 eine Bäckerei in Königsberg. Zur NSDAP fand er bereits

154 Geb. 8.12.1902 Königsberg, gest. 16.2.1974 Oldenburg, evangelisch (später Kirchnaustritt). BArch, ehem. Document Center, PK/H 277. Kurzbiographie bei *Lilla*, Statisten, S. 396; *C. Gerlach*, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 175, 224 und 535; *Rohrer*, Macht, S. 61-65, 259, 438 f. und 588 f. Weitere Gauwirtschaftsberater, die dem Idealtyp des Parteisoldaten nahe kommen, sind Fritz Montag (Mecklenburg), Ernst Jarmer (Pommern), Carlo Otte (Hamburg) und Gustav Schlotterer (Hamburg).

1921 in München. Stadtverordneter in Königsberg war er seit 1929, Landtagsabgeordneter seit 1932, Reichstagsabgeordneter seit 1933. Im Zuge der Gleichschaltung rückte er im April 1933 auch an die Spitze der Handwerkskammer für Ostpreußen auf. An seinem Amt als Gauwirtschaftsberater, das er seit 1932 bekleidete, hielt er fest, obwohl er als solcher kaum hervortrat, auch nicht im Verlauf der „Arisierungen“. Andere Positionen im Gau waren von größerer Bedeutung: Unter anderem führte Magunia als Gauobmann von 1937 bis 1941 die Deutsche Arbeitsfront, war der erste Führer der SA in Ostpreußen und wurde 1944 zum SA-Brigadeführer ernannt. Seit 1941 war Magunia im Gefolge von Gauleiter Koch vorwiegend in den von Deutschland besetzten Gebieten im Osten tätig, und zwar als Beauftragter des Chefs der Zivilverwaltung in Bialystok und dann als Generalkommissar in Kiew. Dort koordinierte er unter anderem die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung.¹⁵⁵ In den 1950er Jahren tauchte er im Vorstand der Deutschen Reichspartei auf, und über seiner Todesanzeige stand, er habe im „Glauben an Deutschland“ gelebt.¹⁵⁶ Für Magunia traf zu, wie im Spruchkammerverfahren ein anderer Vertreter der Parteisolddaten charakterisiert wurde: ein „fanatischer Idealist“ mit „demagogische[r] Grundhaltung“, der das umsetzte, was der „Führer“ bzw. der Gauleiter vorgab.¹⁵⁷

5 Ausblick und Fazit

Die Alliierten sahen in den Gauwirtschaftsberatern Mitverantwortliche für die Gewalttaten des NS-Regimes und hielten sie im Sinne des Urteils im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess für politische Leiter einer verbrecherischen Organisation. Fast alle Gauwirtschaftsberater fielen unter den automatischen Arrest und wurden interniert, sofern sie nicht untertauchten. Die Geschichte ihrer Entnazifizierung und ihres Schicksals in der bundesrepublikanischen Gesellschaft böte aufschlussreiche Wendungen, kann aber hier nicht behandelt werden. Ihr Versuch, im Verlauf der Entnazifizierung die eigene Funktion als Gauwirtschaftsberater zu bagatellisieren – sie seien „ohne praktische Bedeutung“ gewesen und

155 Ein anderes Beispiel für die Teilnahme von Gauwirtschaftsberatern an der „Germanisierungspolitik“ im Osten bei *H. Wixforth*, Ein Bankier während und nach dem Holocaust. Die wechselvolle Karriere des Hugo Ratzmann, in: *J. Osterloh/H. Wixforth (Hg.)*, Unternehmen und NS-Verbrechen. Wirtschaftseliten im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M. 2014, S. 269-297.

156 Das Ostpreußenblatt vom 2.3.1974, S. 23.

157 Aussage Hans Köhler über Carlo Otte, 24.7.1948, in: BArch Koblenz, Z 42 IV/6178.

hätten „völlig am Rande des politischen und wirtschaftlichen Geschehens“ gestanden¹⁵⁸ – widersprach den historischen Realitäten.

Ebenso wie der einleitend zitierte Zeitgenosse Kehrl gingen die Alliierten von einem fest umrissenen Typus des Gauwirtschaftsberaters aus. Tatsächlich hat die hier versuchte Analyse einige Charakteristika aufgezeigt, die zumindest für eine Mehrheit der Amtsträger zutrafen, vor allem ein hohes Bildungsniveau, gute berufliche Fähigkeiten, Engagement und Ehrgeiz, Leistungswillen und Zielstrebigkeit, Durchsetzungsstärke und Härte. Es handelte sich nicht um gescheiterte Existenzen oder perspektivlos Resignierte, sondern meist um eher jüngere, protestantische Männer aus Mittel- und Oberschicht mit Begabungen und Ambitionen – aber auch um entschiedene Gegner der parlamentarischen Demokratie, die stattdessen ihre Hoffnungen auf die extrem radikale Rechte setzten und der NSDAP nicht nur beitraten, sondern offen für sie und ihre Ideologie kämpften, und zwar vielfach schon zu einem Zeitpunkt, bevor die Erfolge der Partei absehbar waren. Vom Primat der Politik über die Wirtschaft waren sie überzeugt, und ökonomisch sprachen sie sich für staatliche Lenkung in Richtung auf einen Mittelstandssozialismus und gegen eine kapitalistische Marktwirtschaft aus.

Doch bei allen Momenten der Gemeinsamkeit überwiegen doch die Phänomene der Differenz. Ein wirklicher „Korpsgeist“, von dem Kehrl spricht, zeichnete sich zu keiner Zeit ab, schon allein, weil die Fluktuation relativ hoch war, und der Dualismus zwischen Gau- und Reichsleitung von Beginn an für Spannungen sorgte. Parteintern blieb die Position der Gauwirtschaftsberater immer schwach.¹⁵⁹ Gemeinsame überregionale Initiativen ergriffen sie nie. Auch eine geschlossene Opposition gegen die Politik des NS-Staates, auf die Kehrl hindeutet, ist nicht zu erkennen. Wer opponierte und in Konflikt mit der herrschenden Linie geriet, verlor in aller Regel schnell sein Amt¹⁶⁰ oder flüchtete in Resignation, manchmal auch in regelrechte Schizophrenie zwischen dem Sich-An-die-

158 So Walter Eppenhauer, ein ehemaliger Mitarbeiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, im Entnazifizierungsverfahren von Heinrich Hunke, 16.5.1947, in: Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, NW 1060-Jg. 1948-2094.

159 Das beklagten auch die westdeutschen Gauwirtschaftsberater auf einer gemeinsamen Sitzung am 9.10.1940, in: Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen, Gauwirtschaftsberater Westfalen-Süd Nr. 630.

160 Nur ein einziger Gauwirtschaftsberater kam wegen späterer offener Distanz zum Regime in ein Konzentrationslager, nämlich Josef Klein (Rheinland), der auch seine Anstellung in der August Thyssen-Hütte verlor, siehe Anm. 129.

Macht-Klammern und Parteiverachtung.¹⁶¹ Und selbst dann leisteten sie kontinuierlich eine systemstabilisierende Arbeit.

Den Typus des Gauwirtschaftsberaters gab es also nicht. Die von Bajohr vermutete kleinbürgerlich-akademische Sozialisation ist zwar verbreitet, aber überwiegt nicht. Anhaltspunkte für Turners These von einer Nähe zwischen kleinen und mittleren industriellen Unternehmern sowie der NSDAP liefert die Geschichte der Gauwirtschaftsberater kaum. Repräsentanten dieses Milieus bildeten unter den Beratern lediglich eine kleine Minderheit. Mit den an dieser Stelle skizzierten fünf Idealtypen der Karrieristen, Provinzfürsten, Verwalter, Materialisten und Parteisoldaten kommt man der historischen Wirklichkeit näher. Weitere vergleichende Studien zu anderen Funktionsträgern in den Gauen müssten erweisen, ob sich solche Profile verallgemeinern lassen.¹⁶²

Bionote

Ralf Stremmel

studierte Geschichtswissenschaften, Allg. Literaturwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften. Seit 2003 leitet er das Historische Archiv Krupp bei der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung in Essen. Außerdem ist er apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

161 Letzteres zu beobachten bei Hans Buchner (München-Oberbayern), s. dessen Tagebuchauszüge, in: Staatsarchiv München, Spruchkammerakten K 4557.

162 Für weiterführende Kritik, Anregungen und Hinweise zu diesem Aufsatz danke ich Daniel Droste, Manuela Fellner-Feldhaus, Renate Köhne-Lindenlaub, Jürgen Lindenlaub, Manfred Rasch, Dieter Ziegler und unbekannten Gutachtern der Zeitschrift.